

Ausgabe
1/2015

ZUKUNFT HESSEN

EIN MAGAZIN DER SPD HESSEN
UND DER LANDTAGSFRAKTION

www.spd-fraktion-hessen.de www.spd-hessen.de

**HEUTE GEKÜRZT,
MORGEN GESCHLOSSEN!**

WIE SCHWARZ-GRÜN HESSISCHE KOMMUNEN SCHRÖPFT

INTERVIEW SEITE 12-15

**ULRICH MALY ÜBER
DAS LÖSEN VON
PROBLEMEN**

HESSEN
SPD

THEMENSCHWERPUNKT

**KOMMUNALE
FINANZEN**

AUF EIN WORT



Die y-not GmbH ist der Spezialist für Ihre Wahlkampfwerbung!

Mit einem breiten Sortiment eigens für den Wahlkampf konzipierter Artikel und unseren hauseigenen Veredelungsbetrieben, können wir Ihnen nicht nur flexiblen und schnellen Service, sondern auch eine sorgfältige Auftragsabwicklung garantieren.

Wir freuen uns darauf, Sie im kommenden Wahlkampf unterstützen zu dürfen!

www.y-not-gmbh.de



BILDNACHWEIS – PETER JÜLICH

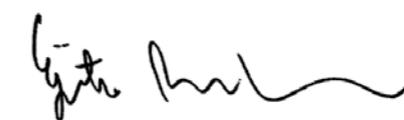
LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER,

die SPD ist die Kommunalpartei – keine andere Partei stellt in Hessen so viele Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte. Das liegt daran, dass für uns die Kommune immer noch die Basis für den sozialen Zusammenhalt der Menschen in Hessen ist. Deshalb dürfen die Kommunen nicht in den finanziellen Ruin getrieben und ihnen jegliche Gestaltungsmöglichkeit genommen werden. Welche kommunalen Leitlinien sich die SPD setzt, lesen Sie auf Seite 30.

Kommunaler Sparzwang ohne Maß und Mitte ist aber die Politik von Schwarz-Grün. Man kann mit

Fug und Recht behaupten, dass Hessen derzeit von der kommunalfeindlichsten Landesregierung seit Gründung des Bundeslands regiert wird. CDU-Finanzminister Schäfer hat den Kommunen ein neues Modell des Kommunalen Finanzausgleichs vorgelegt, das einfach nur den Mangel neu verteilt. Angeblich wurde eine riesige Anzahl an Datensätzen durchgerechnet, alles um zu dem Ergebnis zu kommen, dass der KFA-Topf schlicht der gleiche bleibt. Keine Erhöhung der Mittel, stattdessen werden die Kommunen dazu gezwungen, Steuern und Gebühren zu erhöhen, ihre Einrichtungen wie Schwimmbäder, Jugendclubs und Bibliotheken zu schließen und dringend nötige Investitionen zu vernachlässigen. Die SPD startet dazu eine Kommunalkam-

pagne – mehr dazu auf Seite 16. Dazu kommt, dass die Kürzungen von 345 Millionen Euro im KFA bis heute nicht zurückgenommen wurden. Dieses Geld fehlt bereits. Mit Gerechtigkeit hat Schäfers Mangelverwaltung leider nichts zu tun. Die Basis für einen fairen Kommunalen Finanzausgleich muss eine auskömmliche Finanzierung sein und nicht die Fortführung des finanziellen Elends der Kommunen.



Herzlich Ihr
Günter Rudolph, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion

INHALT

- 3 AUF EIN WORT
- 4 INHALT
- 6 **RUBRIK**
FAKTENCHECK
- 8 **TITELTHEMA**
KOMMUNALE
FINANZEN
Leere Kassen, leere
Schwimmbäder
- 15 **RUBRIK**
MEIN
LIEBLINGS-
PLATZ IN
HESSEN
Hans-Joachim Heist



16 RUBRIK ! AKTUELL
GEKÜRZT.
IHRE LANDES-
REGIERUNG.
SPD startet Kampagne
gegen das schwarz-
grüne Spardiktat

18 UNS GEHT'S NICHT
NUR UMS GELD,
SONDERN UM
DAS WOHL DER
MENSCHEN

Ein Gespräch mit dem
Nürnberger Oberbürger-
meister Ulrich Maly

24 RUBRIK
ACHTUNG
SCHWARZ-GRÜN!

Ende der Kuschelkoalition

26 WIR WERDEN FÜR
UNSERE GUTE
POLITIK BESTRAFT!

SPD-Bürgermeisterin:
Minister nimmt uns
finanzielle Spielräume



18 UNS GEHT'S NICHT
NUR UMS GELD,
SONDERN UM
DAS WOHL DER
MENSCHEN

Ein Gespräch mit dem
Nürnberger Oberbürger-
meister Ulrich Maly

24 RUBRIK
ACHTUNG
SCHWARZ-GRÜN!

Ende der Kuschelkoalition

26 WIR WERDEN FÜR
UNSERE GUTE
POLITIK BESTRAFT!

SPD-Bürgermeisterin:
Minister nimmt uns
finanzielle Spielräume

27 RUBRIK
LUFT & LIEBE?
Wovon Menschen leben

28 GEWINNSPIEL

29 RUBRIK
IN DEN
KOCHTOPF
GESCHAUT
Peter Feldmann

30 SPD IST GARANT
FÜR SOZIALEN
ZUSAMMENHALT
VOR ORT

SPD Hessen legt
Leitlinien für
Kommunalwahl
2016 vor

32 NICHT NUR
EIGENTUM
VERPFLICHTET,
DIESES BUCH
ZU LESEN

Thorsten Schäfer-Gümbel
über und aus seinem Buch
zu Artikel 14 (2) des
Grundgesetzes

34 RUBRIK
NACHGEFRAGT

Drei Fragen von
Ewart Reder

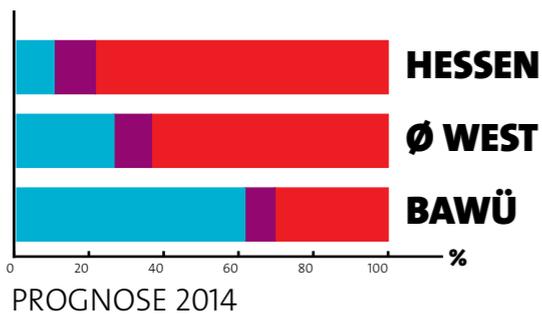
36 IMPRESSUM

HESSISCHE KOMMUNEN IN ZAHLEN

SPD-LANDTAGSFRAKTION – Text **KATJA APELT / SWEN KLINGELHÖFER**

Betrachtet man die Kennzahlen der hessischen Kommunen, gibt es kaum Anlass zur Freude. Immer tiefer sind viele Städte, Kreise und Gemeinden durch die massive Kürzung im KFA von jährlich 345 Millionen Euro in die roten Zahlen gerutscht. Auskömmliche Finanzierung durch das Land – Fehlanzeige. Immer mehr Aufgaben sollen vor Ort erledigt werden – für immer weniger Geld. Doch anstatt dass sich das Land, wie in anderen Bundesländern, um ihre kleinen Einheiten – ihre Basis – kümmert, überlässt sie es den Kommunen, Kürzungen, Schließungen sowie Gebühren- und Steuererhöhungen vor Ort durchzusetzen und die Bürger zu belasten. Die Folge: rasant steigende Grundsteuern und Eintrittspreise, geschlossene Schwimmbäder, Jugendclubs und Büchereien.

- Kommunen mit Haushaltsüberschuss
- Kommunen mit ausgeglichenen Haushalten
- Kommunen mit Haushaltsdefizit



80 PROZENT MACHEN MINUS

Hessen hat einen hohen Anteil an verschuldeten Gemeinden. Zwar vergleicht sich die Landesregierung gern mit Baden-Württemberg. Der Vergleich hinkt aber. Nur 31 Prozent der Kommunen dort arbeiten defizitär, im gebeutelten Hessen sind es sogar 79 Prozent.

Quelle: Kommunalstudie Ernst & Young



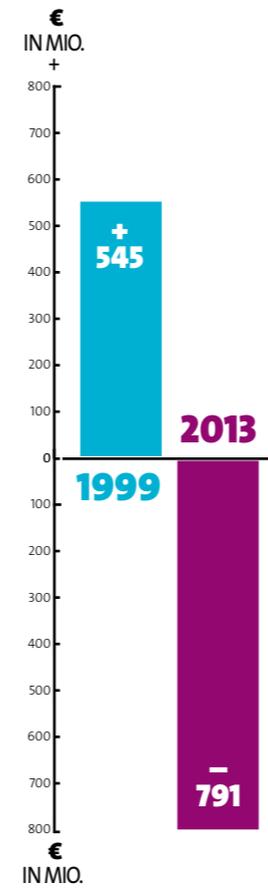
2013 – 2015

WENIGER ANGEBOT – HÖHERE KOSTEN

Das Spardiktat der CDU zwingt Kommunen dazu, ihr Angebot einzuschränken und Gebühren zu erhöhen. Am häufigsten sparen sie bei Straßenbeleuchtung, Jugendbetreuung und Schwimmbädern. Erhöht werden Friedhofs- und Kitagebühren, Grundsteuer und Eintrittspreise.

Quelle: Ernst & Young

FAKTENCHECK



800 MILLIONEN FEHLEN VOR ORT

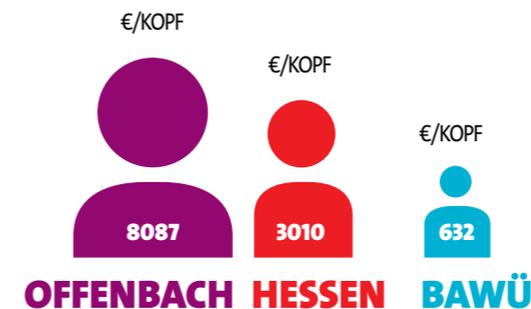
Mit seinem hohen kommunalen Finanzierungssaldo steht Hessen im Ländervergleich schlecht da. Die SPD hinterließ 1999 noch finanziell gut ausgestattete Kommunen (+ 545 Mio. Euro). Durch das Spardiktat der CDU fehlten 2013 insgesamt 791 Millionen Euro.

Quelle: DGB-Hessen, Eicker-Wolf

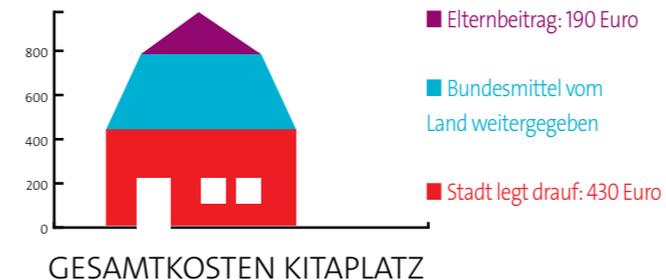
HOHE SCHULDEN PRO KOPF

Hessen ist Schuldenmeister. Die kommunale Pro-Kopf-Verschuldung liegt bei 3010 Euro. In Offenbach sogar bei 8087 Euro. Das Nachbarland Baden-Württemberg pflegt hingegen seine Kommunen. Hier lasten nur 632 Euro Schulden der Kommunen auf den Köpfen der Bürgerinnen und Bürger.

Quelle: Ernst & Young



870 €



KITAPLATZ – DIE HÄLFTE ZAHLT DIE STADT

Insgesamt kostet ein Kindergartenplatz in Viernheim 870 Euro. Dafür muss die Stadt 430 Euro selbst aufbringen. Das Land reicht nur 340 Euro Bundesmittel – und hält sich aus der Finanzierung raus. Eltern werden im Schnitt mit 190 Euro zur Kasse gebeten.

Quelle: Stadt Viernheim

STOP
für Nichtschwimmer

LEERE KASSEN, LEERE SCHWIMMBÄDER

Die schwarz-grüne Landesregierung gibt den hessischen Kommunen nicht genügend Geld. Ihre Antwort: Angebote kürzen – Gebühren erhöhen. Zum Schluss zahlt der Bürger.

**Themenschwerpunkt
KOMMUNALE
FINANZEN**

SPD-LANDTAGSFRAKTION – Text **K. APELT, S. KLINGELHÖFER, G. MENDE**

Die Kosten des schwarz-grünen Spardiktats für die Bürgerinnen und Bürger in Hessen sind hoch. Vielerorts fehlt den Gemeinden, Städten und Kreisen nach der Kürzung von jährlich 345 Millionen Euro im Kommunalen Finanzausgleich schlicht das Geld, um ihre Schwimmbäder zu sanieren, Jugendclubs, Senioreneinrichtungen und Stadtbüchereien offen zu halten oder auch nur, die Straßenbeleuchtung die ganze Nacht brennen zu lassen. Der in den vergangenen Jahren aufgelaufene

Investitionsstau liegt laut dem KfW-Kommunalpanel 2014 bei fast 10 Milliarden Euro – allein in Hessen. Doch anstatt der grassierenden Unterfinanzierung ein Ende zu setzen und die Kommunen durch höhere Zahlungen zu entlasten, nehmen Finanzminister Schäfer und Innenminister Beuth (beide CDU) die Gemeinde, Städte und Kreise noch mehr an die Kandare. Ein sogenannter Rettungsschirm wurde aufgespannt, der finanziell aber nach der Mega-Kürzung gerade das Nötigste ausglich – gleichzeitig die notleiden

denden Kommunen aber zu Sparmaßnahmen zwingt und kommunalen und Ehrenamtlichen vor Ort jegliche Gestaltungsspielräume nahm und zu Erhöhungen von Eintrittspreisen, Gebühren und Steuern nötigte. Das Land spart, die Kommunen müssen ihren Kopf dafür hinhalten.

BEIM KFA WIRD DER MANGEL NUR NEU VERTEILT

„Der Finanzminister hat den Kommunen ein halbes Schwein genommen und gibt ihnen ein

Pfund Gehacktes zurück“, so der ehemalige Vizepräsident des Hessischen Landtags und Landtagsabgeordnete Lothar Quanz. Der finanzpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Norbert Schmitt verglich die Maßnahme mit einem „löchrigen Knirps“. Die Stadt Alsfeld klagte vor dem hessischen Staatsgerichtshof gegen den KFA und bekam im sogenannten „Alsfeld-Urteil“ Recht. Die hessische Verfassung verpflichtet das Land nämlich, die Städte, Gemeinden und Kreise aufgabengerecht zu finanzieren.

Ausgetrocknet – die Stadt Pfungstadt musste ihr Hallenbad schließen.

Nun sollte das Land den tatsächlichen Finanzbedarf der Kommunen errechnen und als Grundlage der Zuweisung verwenden.

Jetzt hat die schwarz-grüne Landesregierung dieses neue Berechnungsmodell vorgelegt. Es ändert aber nichts an der dramatischen Unterfinanzierung der Kommunen. Denn seltsamerweise hat die Landesregierung zwar eine riesige Menge an Daten der Berechnung zugrunde gelegt – im Topf ist aber wieder das gleiche Geld. Es bleibt also alles beim Alten, der Mangel wird nur neu verteilt. „Raider heißt jetzt Twix, an der Unterfinanzierung ändert sich nix“, so der SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel.

Die Kritik am neuen KFA-Modell ist dabei vielfältig. Selbst CDU-Politiker waren „enttäuscht und desillusioniert“ und „entsetzt“. Die Kritikpunkte der SPD sind unter anderem:

– Die Aufwendungen der Kommunen für deren Pflichtaufgaben sind nicht vollständig als Bedarf anerkannt und unzureichend erfasst.

– Bei der Bedarfsermittlung sind die aus Finanznot der Kommunen seit Jahren unterlassenen Aufwendungen (insbesondere im Investitionsbereich) nicht berücksichtigt.

– Der Übergangsfond zur Abfederung von „Übergangshärten“ ist weder finanziell abgesichert noch ist seine Laufzeit bestimmt.

**CDU-POLITIKER ZUM KFA:
„... MIT SCHRECKEN VERNOMMEN“**

LANDRAT DR. KARL-ERNST SCHMIDT (CDU), LANDKREIS HERSFELD-ROTTENBURG (HERSFELDER ZEITUNG VOM 07.11.2014): „ES WIRD NICHT MEHR GELD FÜR DIE KREISE UND KOMMUNEN BEREITGESTELLT, SONDERN DIE BISHERIGE SUMME VON VIER MRD. EURO LEDIGLICH UMVERTEILT. DIE FRAGE IST, OB DIE BERECHNUNGSPARAMETER DES LANDES ÜBERHAUPT RICHTIG SIND.“ DAS KFA-MODELL SEI „ENTTÄUSCHEND UND DESILLUSIONIEREND“.

ALEXANDER HEPPE (CDU), BÜRGERMEISTER VON ESCHWEGE (MARKT-SPIEGEL VOM 05.11.2014): „UNSERE KOMMUNEN VERHUNGERN ... UNSER TATSÄCHLICHER BEDARF IST DEUTLICH HÖHER ALS VOM FINANZMINISTERIUM ANGENOMMEN... WIR VOR ORT IN DEN STÄDTEN HALTEN FÜR DEN HARTEN KONSOLIDIERUNGSKURS DEN UNMUT DER BÜRGER AUS UND DAS LAND STREICHT DEN MEHRERTRAG EIN.“

DR. NORBERT HERR, EHEMALS CDU-LANDTAGSABGEORDNETER (FULDAER ZEITUNG VOM 12.11.2014): „SO KANN EINE CDU-GEFÜHRTE LANDESREGIERUNG DOCH NICHT MIT IHRER HOCHBURG IN OSTHESSEN VERFAHREN ... ICH BIN ENTSETZT ... DIE PLÄNE MÜSSEN SOFORT VOM TISCH, SIE STELLEN EINE OHRFEIGE FÜR DIE DAR, DIE IN HESSEN VERNÜNFTIG WIRTSCHAFTEN.“

DR. WALTER ARNOLD, CDU-LANDTAGSABGEORDNETER (KINZIGTAL-NACHRICHTEN VOM 10.11.2014) SAGTE, ER HABE DIE ZAHLEN ÜBER DIE AUSWIRKUNGEN FÜR DEN KREIS FULDA UND SEINE KOMMUNEN MIT SCHRECKEN VERNOMMEN.

Dank Schwarz-Grün: Fast 80 Prozent der hessischen Kommunen machen Defizit.

– Die Vorschläge führen nachweislich bei vielen Städten, Gemeinden und Kreisen auch weiterhin dazu, dass diese mit ihren eigenen Einnahmen und den Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich nicht in der Lage sind, ihre Pflichtaufgaben zu finanzieren, und defizitär bleiben.

– Bundesmittel für die Kommunen entlasten künftig nur das Land, den hessischen Kommunen werden damit Mittel vorenthalten, die der Bund zur Verbesserung der Finanzlage der Kommunen bereitstellen möchte.

– An den Steuerzuwächsen des Landes werden die Kommunen anteilig nur zu einem Drittel teilhaben. Sie werden damit von jeglicher Perspektive einer Einnahmeverbesserung abgekoppelt.



BILDNACHWEIS – MARCO2811 - FOTOLIA.COM

ERNST & YOUNG UND PWC GEBEN HESSEN SCHLECHTE NOTEN

IN DEN KOMMUNALSTUDIEN ZWEIER FÜHRENDER WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFTEN ERNST & YOUNG UND PRICE WATERHOUSE COOPERS HAT HESSEN OFT DIE ROTE LATERNE. IN IHRER KOMMUNALSTUDIE 2014 BERICHTET ETWA ERNST & YOUNG, DASS IN HESSEN DER ANTEIL DER KOMMUNEN MIT HAUSHALTSDEFIZIT MIT 79 PROZENT ZU DEN HÖCHSTEN ZÄHLT. NUR ZEHN PROZENT DER HESSISCHEN KOMMUNEN HATTEN 2014 LAUT DIESER PROGNOSE EINEN HAUSHALTSÜBERSCHUSS, ELF PROZENT KONNTEN IMMERHIN EINEN AUSGEGLICHTEN HAUSHALT VORLEGEN. IM VERGLEICH: IN BADEN-WÜRTTEMBERG UND BAYERN LIEGT DER ANTEIL DER MIT ÜBERSCHUSS ARBEITENDEN STÄDTE, GEMEINDEN UND KREISE BEI RUND 60 PROZENT. ZUDEM WAR DER FINANZIERUNGSSALDO DER HESSISCHEN KOMMUNEN LAUT E&Y MIT ÜBER EINER MILLIARDE EURO 2013 BUNDESWEIT AM HÖCHSTEN. PRO-KOPF LASTEN RUND 3000 EURO KOMMUNALE SCHULDEN AUF DEN HESSEN – IN SACHSEN SIND ES NUR RUND 1000, IN BADEN-WÜRTTEMBERG ETWAS ÜBER 600 EURO. DIE DURCHWEG ANGESPANNTE LAGE DER KOMMUNALEN HAUSHALTE SCHLÄGT SICH AUCH IM NACHHALTIGKEITSRANKING DES PWC-LÄNDERFINANZBENCHMARKING 2013 NIEDER. DORT LIEGT HESSEN IM NACHHALTIGKEITSRANKING AUF PLATZ 14 VON 16. NUR DER STADTSTAAT BREMEN UND DAS SAARLAND SCHNEIDEN NOCH SCHLECHTER AB. DIE WIRTSCHAFTSPRÜFER KRITISIEREN, DASS HESSEN NACH DEM SAARLAND BUNDESWEIT DAS HÖCHSTE FINANZIERUNGSSALDO HAT (596 EURO JE EINWOHNER IN 2012). DER ANTEIL DER KOMMUNALEN SCHULDEN LIEGE IN HESSEN DABEI SO HOCH WIE IN KEINEM ANDEREN BUNDESLAND.

Insgesamt bestätigt das von der Landesregierung vorgelegte Modell die Befürchtungen, dass die CDU-geführte Landesregierung von Anfang an kein Interesse an einem offenen, objektiven und fairen Verfahren zur Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs hatte. Es wirkt, als habe es von vorneherein eine Festlegung gegeben, den Kommunen nicht mehr Landesmittel zur Verfügung zu stellen. Und das in einer Situation, in der Kommunen immer wieder neue Aufgaben auferlegt werden – ohne, dass die Auftraggeber – also das Land – die Finanzierung sicherstellt, beispielsweise bei der Flüchtlingsunterbringung.

ZUSÄTZLICHER FINANZDRUCK DURCH SPARERLASSE

Doch damit nicht genug. Um das Finanzierungsdefizit der hessi-



BILDNACHWEIS – PETAIR - FOTOLIA.COM

schen Kommunen von rund 1,1 Milliarden Euro zu schließen – deutsche Kommunen erwirtschafteten in der Vergleichszeit übrigens einen Überschuss von 1,05 Milliarden Euro-, soll nun die Kommunalaufsicht die Kommunen zwingen, ihre Haushalte bis 2017 (die sogenannten Schutz-

SPD-POLITIKER ZUM KFA:

THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL, FRAKTIONS- UND LANDESVORSITZENDER DER SPD HESSEN: „WAS DER FINANZMINISTER HIER VORLEGT, IST NICHTS ANDERES ALS POLITISCHE BILANZFÄLSCHUNG. DER NEUE KFA ERINNERT MICH AN DIE WERBUNG: RAIDERS HEISST JETZT TWIX – AN DER UNTERFINANZIERUNG ÄNDERT SICH NIX.“

BERTRAM HILGEN, PRÄSIDENT DES HESSISCHEN STÄDTETAGES UND OBERBÜRGERMEISTER VON KASSEL „BÜRGER UND LAND ERWARTEN GERADE VON DEN GROSSEN STÄDTEN, DASS SIE IHRE AUFGABEN AUCH FÜR DAS JEWEILIGE UMLAND QUALITATIV HOCHWERTIG ERFÜLLEN. DANN MUSS ABER AUCH DIE FINANZAUSSTATTUNG DES LANDES STIMMEN.“

ERICH PIPA, PRÄSIDENT DES HESSISCHEN LANDKREISTAGES UND LANDRAT DES MAIN-KINZIG-KREISES: „WENN DAS LAND TATSÄCHLICH DEN LANDKREISEN IHRE GERINGEN FINANZIELLEN MITTEL NOCH WEITER ZUSAMMENSTREICHT, WEIST ES DAMIT JEDLICHE VERANTWORTUNG FÜR DAS WOHLERGEHEN DER BÜRGER VON SICH.“

KARL-HEINZ SCHÄFER, PRÄSIDENT DES HESSISCHEN STÄDTE- UND GEMEINDEBUNDS: „FINANZ- UND INNENMINISTER MACHEN DRUCK, DASS DIE KOMMUNEN DIE STEUERN KRÄFTIG ERHÖHEN. WIR SOLLEN UNS SO SELBST AUS DEM SCHLAMASSEL BEFREIEN, DEN BUND UND LAND MIT IHREN VIELFÄLTIGEN AUFGABENÜBERTRAGUNGEN UND ANFORDERUNGEN OHNE ENTSPRECHENDEN KOSTENAUSGLEICH IN DEN KOMMUNALHAUSHALTEN ANGERICHTET HABEN.“

LOTHAR QUANZ, SPD-LANDTAGS-ABGEORDNETER: „DAS MIT DEM KOMMUNALEN FINANZAUSGLEICH IST SO, ALS WENN MAN JEMANDEM EINE HALBE SAU WEGNÄHME UND IHM ANSCHLIESSEND EIN PFUND GEHACKTES ZURÜCKGIBT.“

GISELA STANG, BÜRGERMEISTERIN VON HOFHEIM UND STELLVERTRETENDE SPD-LANDEVORSITZENDE: DIE KOMMUNEN SIND CHRONISCH UNTERFINANZIERT. ENTWEDER

MÜSSTE ES FÜR DIE KOMMUNEN MEHR GELD GEBEN ODER DIE AUFGABEN MÜSSEN REDUZIERT WERDEN.“

MANFRED SCHAUB, BÜRGERMEISTER VON BAUNATAL UND VORSITZENDER DER SPD HESSEN-NORD: „DAS IST EIN ZYNISCHER UMGANG MIT KOMMUNEN. WIR MACHEN EIN MINUSGESCHÄFT. BEI DEN MODELLRECHNUNGEN WIRD NICHT BERÜCKSICHTIGT, DASS EINE STADT WIE BAUNATAL SPORT- UND KULTUREINRICHTUNGEN FÜR DAS GESAMTE UMLAND ANBIETET.“

„IN BAYERN HABEN GEMEINDEN MEHR SPIELRAUM“

WENN ES UM DIE FINANZIELLE AUSSTATTUNG DER KOMMUNEN IN HESSEN UND BAYERN GEHT, IST KLAUS BÜTTNER EXPERTE. DER SOZIALDEMOKRAT IST BÜRGERMEISTER DER GEMEINDE NIEDERDORFELDEN IM MAIN-KINZIG-KREIS. FRÜHER ARBEITETE ER IN DER KOMMUNALEN FINANZVERWALTUNG IN BAYERN. DESHALB WEISS BÜTTNER: BAYERN GIBT SEINEN GEMEINDEN MEHR FINANZIELLEN SPIELRAUM ALS DIE KOLLEGEN IN DER HESSISCHEN LANDESREGIERUNG. DAS GILT VOR ALLEM FÜR DIE FINANZIERUNG DER KINDERBETREUUNG. IN BAYERN

WERDEN RUND 40 PROZENT DER KOSTEN DURCH DEN FREISTAAT ÜBERNOMMEN. HESSEN UNTERSTÜTZT MIT GERADE MAL DURCHSCHNITTLICH ZEHN PROZENT DER BETRIEBSKOSTEN. BEI DEN INVESTITIONEN IM KINDERTAGESSTÄTTENBEREICH SIND ES MITUNTER 70 PROZENT, DIE DER BAYERISCHEN GEMEINDE ERSTATET WERDEN. DAMIT ENTLASTET DIE BAYERISCHE LANDESREGIERUNG DIE GEMEINDEN IN EINEM DER GRÖSSTEN AUSGABENBEREICHE DEUTLICH STÄRKER ALS IN HESSEN. DAS GILT AUCH FÜR DIE UNTERDREIÄHRIGEN-BETREUUNG U3. WÄHREND IN HESSEN GERADE MAL DIE BUNDESMITTEL WEITERGEREICHT WERDEN, PACKT

DER FREISTAAT NOCH ETWAS OBEN DRAUF. IN HESSEN HINGEGEN GELTE: „WENN DU GUT BIST, BLEIBT DIR WENIG ÜBRIG“. SO WUNDERT ES NICHT, DASS BAYERN AUCH AN ANDEREN STELLEN KOMMUNALFREUNDLICHER HANDELT: SIEHT MAN DAVON AB, DASS DIE KREISUMLAGE IM SCHNITT EIN STÜCK UNTER DER IN HESSEN LIEGT, UNTERSTÜTZT DER FREISTAAT AUCH DIE SANIERUNG DER GEMEINDESTRASSEN. FÜR HESSEN KANN SICH DAHER EIN BLICK ÜBER DIE LANDESGRENZEN LOHNEN, UND MANCH EINE MAG SICH, WIE NECKARSTEINACH, WÜNSCHEN, DIE SEITEN WECHSELN ZU KÖNNEN.

BILDNACHWEIS – SPD-FRAKTION

GANZ SCHÖN CLEVER: MASSNAHMEN GEGEN DEN KFA

UNZUFRIEDENHEIT KANN KREATIV MACHEN. DESHALB HABEN MANCHE GEMEINDEN BEREITS MASSNAHMEN GEGEN DIE AUSWIRKUNGEN DES KFAS UND DER KOMMUNALEN SPARSAMKEIT DER SCHWARZ-GRÜNEN LANDESREGIERUNG ERGRIFFEN. ZWEI BEISPIELE:

DER GUTSCHEINTRICK: DAS STÄDTCHEN EBSDORFERGRUND MUSS WEGEN DER NEUBERECHNUNG DES KOMMUNALEN FINANZAUSGLEICHS IHRE GRUNDSTEUERN FÜRS KOMMENDE JAHR, ANDERS ALS GEPLANT, ERHÖHEN. 156 000 EURO SIND ES, DIE DIE KOMMUNE WENIGER VOM LAND BEKOMMT. DER NEUE KFA ZWINGT SIE NUN, DIESES GELD VON DEN BÜRGERINNEN UND BÜRGERN EINZUFORDERN. DENN DIE SCHLÜSSELZUWEISUNGEN DES LANDES AN DIE KOMMUNEN SOLLEN AUF BASIS DER DURCHSCHNITTLICH IN HESSEN ERHOBE-NEN GRUNDSTEUERN ERRECHNET WERDEN. DIESE SÄTZE LIEGEN DEUTLICH ÜBER DEM NIVEAU IN EBSDORFERGRUND. DAS BEDEUTET: SENKT DIE GEMEINDE DIE GRUNDSTEUER WEITER, BEKOMMT SIE VON BÜRGERINNEN UND BÜRGERN UND VOM LAND WENIGER GELD. EINE ZWICKMÜHLE, DIE JEGLICHE POLITISCHEN GESTALTUNGSMÖGLICHKEITEN VON BÜRGERMEISTER ANDREAS SCHULZ (SPD) ABSCHNEIDET. DOCH SCHULZ WILL DAS NICHT AUF SICH SITZEN LASSEN UND DEN MENSCHEN IN EBSDORFERGRUND DAS GELD MIT EINEM GUTSCHEIN ZURÜCKGEBEN. JEDER BÜRGER VOM BABY BIS ZUM GREIS ERHALTE EINEN GUTSCHEIN ÜBER 15 EURO. DIE GUTSCHEINE KÖNNEN IN ÜBER 70 BETRIEBEN UND GESCHÄFTEN IN EBSDORFERGRUND EINGELÖST WERDEN. DAMIT BLEIBE DIE KAUFKRAFT IN DER GEMEINDE. AUS SICHT DES BÜRGERMEISTERS WÜRDEN DIE BÜRGER OHNE SEINEN STEUERTRICK VOM LAND FÜR DIE GUTE FINANZPOLITIK IHRER GEMEINDE BESTRAFT. DENN IN DEN VERGANGENEN JAHRZEHNEN HAT DIE GEMEINDE GESPART, WO ES NUR GING.

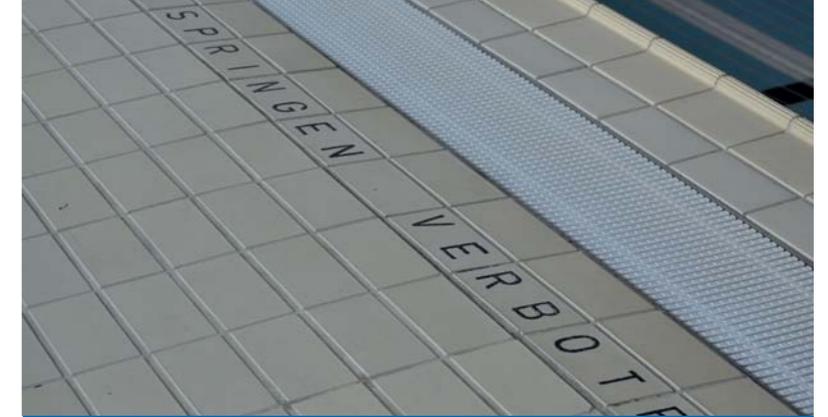
AB NACH BADEN-WÜRTTEMBERG: UMZUG OHNE KOFFERPACKEN? DAS SÜDHESSISCHE NECKARSTEINACH WILL KÜNFTIG LIEBER ZU BADEN-WÜRTTEMBERG GEHÖREN. HAUPTGRUND FÜR DEN GEWÜNSCHTEN WECHSEL SEI DIE SCHLECHTE FINANZIELLE AUSSTATTUNG DER KOMMUNEN IN HESSEN, DIE AUCH DURCH DEN NEUEN KOMMUNALEN FINANZAUSGLEICH BEDINGT SEI, SO DER BÜRGERMEISTER DER 3800-EINWOHNER-KOMMUNE HEROLD PFEIFER (SPD) IM VERGANGENEN NOVEMBER. NACH EINSCHÄTZUNG PFEIFERS SIND KOMMUNEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG FINANZIELL BESSER AUFGESTELLT. EIN WECHSEL WIRD NUN GEPRÜFT.

Der Landessportbund fürchtet ein Bädersterben in Hessen.

schirm-Gemeinden bis 2020 auszugleichen. Das bedeutet: weitere Schließungen – weitere Kostensteigerungen für die Bürgerinnen und Bürger – ob bei der Grundsteuer, der Gewerbesteuer, der Hundesteuer, den Eintrittspreisen kommunaler Einrichtungen oder den Friedhofsgebühren. Für Bürgerinnen und Bürger ist das Dilemma oft schwer zu verstehen, zu komplex ist die Materie. Kommunale Finanzen? In jeder Gemeinde ist das Bild ein anderes. Bei vielen Menschen bleibt vor Ort vor allem eines haften: Immer höher sind die Ausgaben, immer schlechter das Angebot. Die Prügel dafür bekommen am Ende die Kommunalpolitiker – nicht die Spardirektoren von CDU und Grünen auf Landesebene. Schlimmstenfalls verabschieden sich die Menschen aus Enttäuschung vollständig von der Politik. Die sinkende Wahlbeteiligung gibt dafür deutliche Hinweise.

GEMEINDEN HABEN GRUNDSTEUER UM ÜBER 20 PROZENT ERHÖHEN MÜSSEN

In der Tat macht der föderale Staatsaufbau Deutschlands das kommunale Finanzsystem nicht gerade einfach. Die Regel ist aber, bestimmte Steuereinnahmen müssen sich Bund, Länder und Kommunen teilen. Dazu zählen etwa die Einkommensteuer, die



BILDNACHWEIS – SPD-FRAKTION

MEINUNG VON NORBERT SCHMITT, MDL

DAS MODELL DES FINANZMINISTERS IST NICHTS ANDERES ALS EINE UMVERTEILUNG DES MANGELS. ES IST DOCH HÖCHST EIGENARTIG, DASS SEIN MINISTERIUM ANGENEBLICH ZEHNMILLIONEN DATENSÄTZE NEU BERECHNET, DAS ERGEBNIS DANN ABER GANZ ZUFÄLLIG DAS GLEICHE IST WIE VOR DER REFORM. MEHR GELD GIBT DIE CDU/GRÜNE-LANDESREGIERUNG DEN STÄDTEN, KREISEN UND GEMEINDEN NICHT. DAMIT STEHT SCHWARZGRÜN FÜR DAS AUSBLUTEN DER GEMEINDEN. DIE ZEHE ZAHLEN NICHT ZULETZT DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER, DIE VOR VERSCHLOSSENEN SCHWIMMBAD- UND BIBLIOTHEKSTÜREN STEHEN UND GLEICHZEITIG VON DEN KOMMUNEN STÄRKER ZUR KASSE GEBETEN WERDEN MÜSSEN. SCHULD DARAN IST DIE LANDESREGIERUNG. SIE LEGT BEI DER BERECHNUNG IHRES NEUEN UMFINANZIERUNGSMODELLS NICHT EINMAL DEN TATSÄCHLICHEN BEDARF FÜR DEN UNTERHALT FUNKTIONIERENDER KOMMUNEN ZUGRUNDE, SONDERN ZAHLEN, DIE BEREITS AUSDRUCK DES MANGELS SIND. DENN DEN KOMMUNEN FEHLEN NEBEN DER KFA-NEUORDNUNG OHNEHIN SCHON DIE 2011 GEKÜRZTEN 345 MILLIONEN EURO KFA-MITTEL. GLEICHZEITIG MÜSSEN SIE ETWA MIT DER U3-BETREUUNG UND DER UNTERBRINGUNG VON FLÜCHTLINGEN IMMER MEHR UND WEITERE AUFGABEN STEMMEN. VIELE VON IHNEN WERDEN AUCH KÜNFTIG NICHT IN DER LAGE SEIN, IHRE PFLICHTAUFGABEN ZU FINANZIEREN. DASS DAS LAND IM NEUEN GESETZ SOGAR FESTSCHREIBEN WILL, DASS ZUSÄTZLICHE BUNDESMITTEL FÜR DIE KOMMUNEN DIE ZAHLUNGEN DES LANDES AN DIE STÄDTE UND GEMEINDEN REDUZIEREN, ALSO NUR DAS LAND ENTLASTEN, SCHLÄGT DEM FASS DEN BODEN AUS. ZUDEM IST DER ÜBERGANGSFOND, DER EINIGE KOMMUNEN MIT GERINGEN TAUSENDBETRÄGEN GERADESO VOM MINUS INS PLUS HEBT, WEDER FINANZIERT NOCH SEINE LAUFZEIT BESTIMMT. DAMIT VERSUCHT DER FINANZMINISTER SEINE BILANZ INS POSITIVE ZU TRICKSEN. NORBERT SCHMITT



BILDNACHWEIS – SPD-FRAKTION



Schluss mit lustig – Die Türen bleiben geschlossen.

Umsatzsteuer und die Grunderwerbsteuer, die Landeszuweisung und die Mittel aus dem Kommunalen Finanzausgleich. Diese Einnahmen sind durch die Gemeinde nicht direkt beeinflussbar.

Aber welche Gestaltungsmöglichkeiten haben die hessischen Gemeinden auf der Einnahmenseite? Stellschrauben gibt es lediglich bei der in den vergangenen Jahren bereits vielerorts erhöhten Grundsteuer, deren – insbesonde-

re mangelnde – Höhe (siehe Kästen zu Ebsdorfergrund) sich übrigens auch auf die Zuweisungen aus dem neuen KFA auswirken kann, und bei der Gewerbesteuer. Die Grundsteuer war bisher eine mäßige Einnahmequelle der Gemeinde, deren Hebesatz sie selbstständig entscheiden konnte. Die Grundsteuer B, die bebauten und bebaubaren Grundstücke besteuert, ist dabei deutlich ertragsreicher als die Grundsteuer A für landwirtschaftliche Flächen. In 2014 – wie auch schon 2013 – wurde die Grundsteuer B von beinahe jeder zweiten Gemeinde erhöht, und das oft nur auf Druck des Landes. Lag der Landesdurchschnittshebesatz laut dem Bund der Steuerzahler 2012 noch bei 289 Prozent, 2013 bei 319 Prozent, beträgt er 2014 bereits 381 Prozent. Damit stieg der landesweite Durchschnittswert der Grundsteuer B in nur drei Jahren um über 20 Prozent.

Die wichtigste Einnahmequelle der Gemeinde ist in der Regel aber die Gewerbesteuer. Die Einnahmen verbleiben zwar nur zu einem Teil bei der Gemeinde. Der andere Teil wird durch die Gewerbesteuerumlage abgeschöpft und fließt in den Bundes- und Landeshaushalt sowie in die sogenannte Kreisumlage. Aufwands- und Verbrauchsteuern, auch Bagatellsteuern genannt, spielen dagegen eine nur geringe Rolle für die Gemeinde.

Insgesamt sind also die Spielräume, die Gemeinden, Städte und Kreise heute haben, immer schmaler. Hessen braucht aber starke Kommunen – sie bilden die Wurzel des sozialen Zusammenhalts in Hessen. Darauf darf das Land nicht verzichten. Deshalb muss Schluss sein mit der kommunalfeindlichen Politik von Schwarz-Grün.



Hans-Joachim Heist, Schauspieler und Kabarettist, bekannt als Gernot Hassknecht aus der ZDF „heute show“

SPD-LANDESVERBAND

Vielfalt für Hessen. Durch die Fördermöglichkeiten der WIBank.

WIBANK KOMPAKT:

- 288 Mio. Euro Wirtschaftsförderung
- mehr als 28.000 geschaffene und gesicherte Arbeitsplätze
- rund 46 Mio. Euro Darlehen für sozialen Wohnungsbau
- knapp 64 Mio. Euro Städtebau-Fördergelder (Basis: Geschäftsjahr 2014)

Als Förderbank in Hessen macht sich die WIBank stark für das Land und die Menschen. Wir unterstützen den Innovationsmotor Mittelstand und fördern die hessische Landwirtschaft. Den Kommunen bieten wir Zugang zu Fördermöglichkeiten von Land, Bund und EU. Für viele Familien machen wir den Traum von eigenen vier Wänden wahr oder ermöglichen den Bau von bedarfsgerechten Mietwohnungen. Zudem fördern wir Programme zur beruflichen Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung. Wir sind die Experten für Förderung in Hessen – die WIBank.

Mehr Informationen unter: www.wibank.de

Ihr Ansprechpartner der Förderberatung:
Telefon: 0611 774-7333
Montag bis Donnerstag von 09:00 bis 18:00 Uhr
Freitag von 09:00 bis 16:00 Uhr



Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen

Lieblingsplätze habe ich viele, auch in Hessen! Sie alle aufzuzählen, würde hier den Rahmen sprengen. Da ich sehr viel unterwegs bin, steht an erster Stelle natürlich mein Zuhause in meiner Heimatstadt Pfungstadt. Hier ist mein Lieblingsplatz auf meiner Terrasse mit einem Glas Rotwein und einer guten Zigarre! Getränke und Nahrungsaufnahme ist für jeden Menschen von grundlegender Bedeutung und existenzieller Wichtigkeit, deshalb habe ich natürlich auch einige Lieblingsgaststätten, diese alle aufzuzählen würde..... siehe oben!

Um mich kulturell auf dem Laufenden zu halten, besuche ich sehr gern das Darmstädter Staatstheater. Wenn ich aber meine Lachmuskeln so richtig strapazieren und mich an einem deftigen und herzerfrischenden Darmstädter Dialekt erfreuen möchte, ist mein Lieblingsplatz in der Darmstädter „Comedy Hall“ bei Roland Hotz.

Jeder Mensch braucht auch mal Ruhe und Entspannung, und die finde ich mit gleichzeitiger Nahrungs- und Getränkeaufnahme bei einer Bergsträßer Weinlagen-Wanderung! Sozusagen mein Lieblingswanderweg! Aber wenn

ich mich mal wieder so richtig aufregen möchte, setze ich mich in mein Auto und fahre meine Lieblingsstrecke rund ums Frankfurter Kreuz.

Da ich als Schauspieler und Kabarettist sehr gern Menschen beobachte, ist es zum Zwecke des Studiums und der anschließenden Bühnenauswertung sehr wichtig, ein Lieblingsstraßencafé zu haben, und da gibt es in Pfungstadt und Darmstadt eine große Auswahl. Ich möchte nicht versäumen, abschließend festzustellen, dass Eschollbrücken natürlich mein Lieblingsdorf in Hessen ist!

GEKÜRZT. IHRE LANDESREGIERUNG.

SPD startet Kampagne gegen das schwarz-grüne Spardiktat

SPD-LANDTAGSFRAKTION – Text **GERT-UWE MENDE**

Schwarz-grün flattert das Band an der von Schließung bedrohten Bibliothek, am brachliegenden Jugendclub, am langsam verfallenden Schwimmbad. Schwarz-grün – die Farben, die in Hessen seit gut einem Jahr pure Kommunalfeindlichkeit verkörpern. „Gekürzt“, steht darauf, „Ihre Landesregierung“. Mit dieser neuen Kampagne will die hessische SPD-Landtagsfraktion landesweit auf die Risiken und Nebenwirkungen der schwarz-grünen Landesregierung aufmerksam machen. Seit Jahren geht der Sparkurs der Landesregierung massiv auf Kosten der Kommunen. Letztes Manöver: das neue Modell für einen Kom-

Finanzpolitik von CDU und Grünen gefährdet sozialen Zusammenhalt

munalen Finanzausgleich (KFA), bei dem CDU und Grüne den Mangel in den Städten, Kreisen und Gemeinden schlicht neu verteilen. Bereits 2011 hat das Land die finanzielle Schlinge für die Kommunen zugezogen und 345 Millionen Euro aus dem KFA gekürzt. Damit wurden viele Gemeinden mit ohnehin knappen Kassen unter den finanziellen Rettungsschirm gezwungen – unter dem manch Gemeindevorteiler genötigt war, große Teile seiner Selbstständigkeit bei der politischen Gestaltung beim CDU-Finanzminister abzugeben.

Vielerorts bedeutete das: Rücken unter Schäfers Joch. Einrichtungen schließen – Gebühren erhöhen.

UNTER SCHÄFERS JOCH GEZWUNGEN

„Heute gekürzt, morgen geschlossen?“ heißt der Slogan der Kampagne. Das Titelbild: Ein Junge, der Fußball spielen will, aber nicht kann. Vielleicht weil der Bolzplatz heruntergekommen und nicht mehr nutzbar ist, vielleicht, weil die Beiträge für den Fußballverein zu teuer geworden sind – der Traum vom Kicken? Opfer schwarz-grüner Kürzungen! Nicht weniger als der soziale Zusammenhalt in den kleinen Einheiten in Hessen – und damit im ganzen Bundesland – ist bedroht. Mit der Kampagne möchte die SPD nun die Diskussion vor Ort anregen. Dort, wo die schwarz-grünen Kürzungen wirken und die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar betreffen – in den Städten und Gemeinden –, setzt

die Kampagne an. Mit ihr wollen die SPD-Landtagsabgeordneten zeigen, welche Einrichtungen in den Gemeinden, Städten und Kreisen derzeit bedroht sind, weil die kommunale Ebene nicht ausreichend finanziert wird. Mit dem schwarz-grünen Absperrband können Politiker vor Ort direkt markieren, welche Angebote es in dieser Form wegen des Finanzmangels

nicht mehr gibt oder nicht mehr geben wird, wenn die Koalition aus CDU und Grünen ihren Plan für einen neuen Kommunalen Finanzausgleich (KFA) durchsetzt. Dazu gibt es jede Menge weiterer Informationen – entweder als Flyer und Faltblätter oder auf einer Webseite: www.schwarz-grüne-kürzungen.de.

„SCHWARZER PETER“ FÜR DIE STÄDTE

Schwarz-Grün kürzt zulasten der Kommunen und reicht damit den „schwarzen Peter“ an die Städte, Gemeinden und Kreise weiter. Die Landesregierung hält sich fein raus. Ihr Motto lautet: „Den Letzten beißen die Hunde“. Deswegen sucht die SPD die Debatte vor Ort. Sie will klar zeigen, wer für teure, gekürzte oder verschwundene Angebote verantwortlich ist: Die schwarz-grüne Landesregierung zwingt die Kommunen zu Einschnitten, die bei angemessener Finanzausstattung nicht nötig wären. Kommunale Selbstverwaltung muss mehr sein, als die Entscheidung darüber zu treffen, wo zum Nachteil der Bürgerinnen

und Bürger gespart wird.

Denn jede Bürgerin und jeden Bürger, denn Städte, Gemeinden und Landkreise sorgen für vieles, was man zum Leben und zum Zusammenleben braucht. Sie kümmern sich um Straßen, Schulbauten, Sportstätten, Feuerwehr, Kindergärten, Stadtbüchereien, Wasserversorgung und den Müll. Wenn die Kommunen verarmen, verarmt das soziale Leben. Damit gerät

Alles zum Thema unter www.schwarz-grüne-kürzungen.de

Ganz schön blöd: Wegen Schwarz-Grün ist der Sportplatz zu.

der soziale Zusammenhalt in Gefahr.

Es darf nicht sein, dass das Land Hessen bei sich selbst viel zu wenig spart und dafür die Kommunen in die Pflicht nimmt. Die Landesregierung versucht, die Kommunen in Hessen in „Verlierer“ und „Gewinner“ zu spalten, doch mit den neuen KFA verlieren am Ende alle – vor allem die Bürgerinnen und Bürger in den Städten, Gemeinden und Kreisen.

UNS GEHT'S NICHT NUR UMS GELD, SONDERN UM DAS WOHL DER MENSCHEN

Ein Gespräch mit dem Nürnberger Oberbürgermeister Ulrich Maly



SPD-LANDESVERBAND
DAS INTERVIEW FÜHRTE THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL,
FRAKTIONS- UND LANDESVORSITZENDER DER SPD HESSEN

Thorsten Schäfer-Gümbel: Lieber Ulrich Maly, du bist letztes Jahr im März mit 67 Prozent zum Nürnberger Oberbürgermeister gewählt worden. Ein großartiges Ergebnis! Was muss man in der Kommunalpolitik beachten, um einen solchen Zuspruch zu bekommen?

Ulrich Maly: Wir sind als Kommunalpolitiker ja immer geneigt, erst einmal über Geldmangel zu jammern. Damit wecken wir bei den Bürgerinnen und Bürgern den Eindruck, es ginge nur darum, aus einem Steuereuro die maximale Anzahl von Cent für die Kommunalpolitik rauszuho-

len. Das reicht den Menschen aber nicht, weil dieses Handeln an sich nicht mit Inhalten gefüllt ist. Besser ist es, mit fröhlichem Selbstbewusstsein zu sagen, uns geht's nicht nur ums Geld, uns geht es um das Lösen der Probleme der Menschen, um unsere sozialdemokratische Problemlösungskompetenz. Und dabei geht es uns auch um die Menschen, die möglicherweise ihre Probleme gar nicht in der Lautstärke artikulieren, wie das heute die sogenannten Wut-

bürger tun. Sie sagen uns sehr präzise und laut, was sie meinen. Trotzdem sind sie oft in der Minderheit und werden nicht durch ihre bloße Lautstärke zur Mehrheit. Aber es geht uns eben auch um die Vielen, die leise sind, die brauchen uns als Megafon.

Schäfer-Gümbel: Du sprichst von denen, die leise sind. Wie leise sind sie? Redest du von den vielen Bürgerinnen und Bürgern, die auch bei Wahlen ihre Stimme nicht mehr nutzen und nicht Wählen gehen?

„Beim Ehrenamt hat die Kommune eine Flugzeugträgerfunktion: Man ist die Basis dafür, dass die anderen fliegen können.“
 Maly



BILDNACHWEIS – © PETER JÜLICH

„Wir müssen das Megafon für die sein, die ihre Meinung nicht mehr laut sagen.“
 Maly

Maly: Nach der letzten Bundestagswahl hat die Bertelsmann Stiftung das Wahlverhalten der Deutschen untersucht und ist zu einem ziemlich nüchternen Ergebnis gekommen. Bei der letzten Bundestagswahl haben 17 Millionen Menschen nicht gewählt. Rund die Hälfte der Wählerinnen und Wähler, und das wird leider bei der nächsten Kommunalwahl auch wieder der Fall sein, beteiligt sich nicht mehr an Wahlen. Und das sind nicht, wie oft angenommen, Menschen, die sich aus intellektueller und bewusster Reflexion gegen das politische System entschieden haben. Es sind Menschen, die sich lange verabschiedet haben – von uns den Parteien, vom Staat und der Gesellschaft. Diese Menschen kommen nicht mehr zu uns, sondern machen einen großen Bogen um Infostände und dergleichen, damit sie nicht angesprochen werden. (Die schreiben weder Briefe noch Wutmails. Die, die Wutmails schreiben, gehen auch alle noch wählen. Die anderen schreiben keine Briefe mehr, die

sind weg.) Gleichwohl ist es aber gerade unser Job, uns Gedanken zu machen, was mit der zweiten Hälfte ist. Wir werden demokratisch gewählt, von den Bürgerinnen und Bürgern legitimiert, und da möchte man sich eigentlich am Wahlabend mit einem guten Ergebnis nicht ausrechnen müssen, wie viele einen nicht gewählt haben, weil sie gar nicht da waren.

Schäfer-Gümbel: Ja, in Hessen stellt sich ein ähnliches Bild dar. Auch bei uns liegt die Wahlbeteiligung im Schnitt nur noch bei rund der Hälfte. Wir haben zwar gute Erfahrungen damit gemacht, direkt zu den Bürgerinnen und Bürgern zu gehen. Wir haben viele Hausbesuche gemacht. Das strukturelle Problem bekommt man damit aber nur begrenzt in den Griff. Hast du Lösungsvorschläge?

Maly: Ich denke, es muss darum gehen, diesen Menschen wieder eine Stimme zu geben. Die Bertelsmann Stiftung hat auch die Struktur derer, die nicht wählen

Will als Stellvertreter politisch Verstummten wieder eine Stimme geben: Ulrich Maly

gehen, analysiert und dabei grob drei Gruppen definiert: Es sind diejenigen, die arm sind, die keinen Ausbildungsabschluss haben und die keine Arbeit haben. Wer, wenn nicht wir Sozialdemokraten, müssen mit unserer Politik versuchen, diesen Menschen das Vertrauen in Staat und Gesellschaft zurückzugeben, sie mitzunehmen. Wir haben den Anspruch, für alle Politik zu machen, nur dann, wenn wir die Menschen vielleicht Stück für Stück wieder zurückholen. Das hat viel mit Teilhabe, mit Chancen und mit Möglichkeiten zu tun, die wir anbieten. Es gibt ein Wort, das heute ein Stück weit aus der Mode gekommen ist: Stellvertreterpolitik. Wir Sozialdemokraten machen Stellvertreterpolitik. Das heißt dann nichts anderes, als dass wir, wie schon gesagt, das Megafon für die sind, die sich selber nicht artikulieren.

Schäfer-Gümbel: Was bedeutet das konkret – welche politischen Themenbereiche müssen wir in der Kommunalpolitik besetzen, um gute Stellvertreter zu sein? Wir haben in unseren kommunalpolitischen Leitlinien das Thema Teilhabe sehr stark gemacht, weil es uns ja darum geht, dass die Bürgerinnen und Bürger Teil der sozialen Gemeinschaft in den Gemeinden sind. Gute Kommunalpolitik bedeutet ja, den sozialen Zusammenhalt in einer Kommune zu erhalten und zu stärken. An welchen Stellen siehst du Handlungsbedarf?

Maly: Ja, genau darum geht es – um die Teilhabemöglichkeit in der Gesellschaft. Können Bürgerinnen und Bürger die Angebote überhaupt noch nutzen? Kosten die kulturellen Veranstaltungen vor Ort, etwa in den Bürgerhäusern, abends 20 Euro Eintritt, oder gibt es das umsonst? Können wir Kindern, die aus schwierigen Verhältnissen kommen, das geben, was sie brauchen: beispielsweise die Vereinsmitgliedschaft im Fußballverein – dazu gehören dann aber auch noch das Trikot und die richtigen Fußballschuhe, weil, wenn ein Kind mit den falschen kommt, bekommt es schon zum ersten Mal die rote Karte gezeigt. Das sind ganz konkret vor Ort Übersetzungen des Anspruchs „Teilhabe“, also unser Bemühen, diese Menschen mitzunehmen.

Schäfer-Gümbel: Bildungsgerechtigkeit spielt eine wichtige Rolle.

Maly: Ein ganz wichtiges Thema. Ein stark gegliedertes Schulsystem, wie es in Hessen existiert, wird nie gerecht sein. Ein Schulsystem, das sich der Ganztagsbetreuung zuwendet, das die Kinder auch als Ganzes sieht: nicht nur als Befehlsempfänger von Englisch, Mathe und Deutsch, sondern auch als Lustempfänger von Kreativität, Theater, Musik oder Sport. Für diese Sachen sollten wir Sozis in der Kommunalpolitik streiten, weil wir auch hier immer Stellvertreter sind für die Menschen. Papst Franziskus, und bei der SPD darf man, das hat mir Franz Müntefering mal erklärt, den Papst zitieren, weil die SPD und die katholische Kirche die einzigen beiden unfehlbaren Organisationen auf dieser



BILDNACHWEIS – © PETER JÜLICH

„Die Kommunen haben auch die Aufgabe, den sozialen Zusammenhalt zu bewahren.“

TSG

Welt sind, hat in seiner Weihnachtsansprache eine wunderbare Frage gestellt: „Haben wir den Mut, mit Zärtlichkeit die schwierigen Situationen und die Probleme des Menschen neben uns mitzutragen?“ Zärtlichkeit ist sicherlich für die Politik ein ungewöhnlicher Begriff. Wir würden das wahrscheinlich soziale Empathie nennen. Aber Stellvertreterpolitik heißt nichts anderes, als dieses Stück innere Zärtlichkeit für Menschen aufzubringen, auch für die, deren Probleme uns fremder sind als die anderer. Diese Probleme anzunehmen, diese Probleme zu transportieren, diese Probleme dort, wo es etwa auch zum Konflikt zwischen Interessen der Nichtwählerschaft und der Wählerschaft kommt, zu lösen und zu kommunizieren, das ist ja auch eine Grundaufgabe der Kommunalpolitik.

Schäfer-Gümbel: Ja, in der Kommunalpolitik ist die Spannweite der Aufgaben riesig. Auf der ei-

nen Seite geht es darum, nah bei den Bürgerinnen und Bürgern zu sein, ihnen zuzuhören und – ja – mit Zärtlichkeit ihre Bedürfnisse zu betrachten und ihnen zu folgen. Dafür muss Kommunalpolitik aber auch sehr konkret werden, da geht es um strategische Entscheidungen, um finanzielle Nöte, darum, ob man Bibliotheken, Jugendclubs oder ein Schwimmbad schließen muss ...

Maly: Ja, und dennoch: es geht in der Kommunalpolitik eben genau nicht um bloße Managementfunktionen. Wer Kommunalpolitik insgesamt auf die Summe von Managementtalenten reduziert, handelt wider die Wurzeln der Politik. Denn die Grundlage der Politik ist es doch, zu kommunizieren und gemeinsam darum zu ringen, was das Beste für das Gemeinwesen ist. Das heißt auch, dass man ein ideales Bild von der eigenen Stadt hat und den Menschen erzählen kann, wo man mit

ihnen hin möchte. Es geht darum, Identität zu stiften, um Identifikationsmöglichkeit zu erleichtern. Man muss vielleicht so etwas wie ein Stück Heimat schaffen, ein Stück Verwurzelung darstellen. Heimat ist ein schwieriger Begriff, er wurde oft missbraucht. Ich definiere ihn gern nach Ernst Bloch: Heimat ist das, was uns in der Kindheit scheint und wo doch noch niemand war. Also nicht ein geografischer Ort, sondern eine Sehnsucht nach bleibenden Werten, Sehnsucht nach Festhalten und sich festhalten können.

Schäfer-Gümbel: Du machst sehr klar, dass es dabei nicht um ein technisches Finanzthema geht, sondern darum, ob die Städte, Kreise und Gemeinden als kommunale Familie in der Lage sind, den sozialen Zusammenhalt zu bewahren, zu stärken und zu sichern, oder nicht. Das ist die eigentliche Frage und das ist eine Aufgabe der Demokratie. An dieser Linie werden sich in Hessen in den nächsten Monaten die Geister scheiden. Denn die Landesregierung plant den Kommunen gegenüber neben dem neuen Modell des kommunalen Finanzausgleichs, der schlicht den Mangel neu verteilt, noch einige weitere Unverschämtheiten. Sie will zum Beispiel die Bundesmittel, die zur Entlastung der Kommunen im Deutschen Bundestag beschlossen werden sollen, gar nicht vollständig an die Kommunen in Hessen weiterreichen, sondern maximal zur Hälfte. Ähnliches gilt für Steuermehreinnahmen des Landes. Die schwarz-grü-

ne Landesregierung lässt Städte und Gemeinden ausbluten. Immerhin gibt es ja noch ehrenamtlich Tätige – ohne die würde es vielerorts sehr schwierig. Das Ehrenamt ist ja in den Städten und Kommunen eine der wichtigen zusätzlichen Säulen zu dem, was Städte und Gemeinden aus eigener Finanzkraft leisten können. Wie erhalten wir das Ehrenamt so attraktiv, dass Menschen ihre wertvolle Zeit einbringen?

Maly: Ja, das hat natürlich auch mit Geld zu tun. Bei der Organisation des Ehrenamts hat die Kommune eine Art Flugzeugträgerfunktion: Man ist die Basis dafür, dass die anderen fliegen können. Dabei braucht das Ehrenamt professionelle Strukturen. Die Deutschen sind eigentlich Weltmeister im Engagement. Rund ein Drittel ist fest und dauerhaft engagiert und ein gutes zweites Drittel engagiert sich temporär. Aus diesem selbstverständlichen Engagement entsteht ein innerer Zusammenhalt. Es ist eben nicht so, dass die Menschen alle Egoisten sind. Ehrenamt funktioniert aber dann nicht mehr, wenn von uns als den Regierenden in den Rathäusern ständig mit der roten Karte gewunken wird. Wenn Leute das siebte Mal wegen eines Ballfangzauns für den Sportplatz vorsprechen und immer wieder hören: Es gibt kein Geld. Dann verwaist der Flugzeugträger, weil die Engagierten nicht mehr selber fliegen. Auch hier ist gerade bei knappen Kassen Problemlösungskompetenz gefragt.

„Ich habe die Hoffnung, dass der Mindestlohn hilft, ein Stück Urvertrauen in die soziale Marktwirtschaft wiederherzustellen.“ Maly

DR. ULRICH MALY (54) WURDE AM 16. MÄRZ 2014 MIT 67 PROZENT ZUM OBERBÜRGERMEISTER DER STADT NÜRNBERG GEWÄHLT.

ALS PRÄSIDENT SITZT ER DEM DEUTSCHEN STÄDTE-TAG, DER BUNDESWEITEN VEREINIGUNG DER KREISFREIEN UND KREISANGEHÖRIGEN STÄDTE VOR.

EIN WICHTIGER POLITISCHER LEITSATZ FÜR IHN LAUTET: „DAS GROSSE PROBLEM DER UNGLEICHHEIT UNTER DEN MENSCHEN UND DEN VÖLKERN DIESER ERDE IST UNVERÄNDERT IN SEINER SCHWERE UND SEINER UNERTRÄGLICHKEIT GEBLIEBEN. WER DAS VERGISST, HAT SEINE WURZELN ABGESCHNITTEN.“ (NORBERT BOBBIO).

IN NÜRNBERG TRITT ER FÜR DIE IDEE DER SOLIDARISCHEN STADTGEMEINSCHAFT EIN: UNTER DEM MOTTO „STADTPOLITIK IM DIALOG“ BEFÜRWORTET ER POLITISCHE ENTSCHEIDUNGEN ALS ERGEBNIS EINER UMFASSENDEN GESELLSCHAFTLICHEN AUSEINANDERSETZUNG. DIE GESELLSCHAFTSPOLITISCHE AUFGABE DER INTEGRATION ERKLÄRTE ER ZUR „CHEFSACHE“. DIE STRUKTUREN UND GREMIEN DER INTEGRATIONSPOLITIK IN NÜRNBERG WURDEN SEIT SEINEM AMTSANTRITT NEU GESTALTET.

DR. ULRICH MALY IST VERHEIRATET UND HAT ZWEI ERWACHSENE KINDER.

Schäfer-Gümbel:

Davon brauchen wir in Hessen allerdings eine Menge. Die Antwort, die von unserer Landesregierung angestoßen wird, lautet leider „Da gibt es nix“. Ab 2016 soll eine neue Version des Kommunalen Finanzausgleichs in Hessen gelten, der den Mangel in den Gemeinden neu verteilt. Seit 2011 fehlen den kommunalen Haushalten bereits jährlich rund 345 Millionen Euro, die die Landesregierung einfach weggekürzt hat. Die Handlungsspielräume für Städte, Kreise und Gemeinden sind da sehr eingeschränkt und das neue KFA-Modell wird weitere Probleme mit sich bringen. Und leider fallen viele ehrenamtliche Bereiche wie Sport, Kultur und Soziales in die sogenannten freiwilligen Leistungen. Auf die müssen Kommunen verzichten, wenn ihnen das Geld durch das knausrige Land zu knapp wird. Schließlich geht Schwarz-Grün in Hessen auch mit den Bundesgeldern zur Flüchtlingsunterbringung sehr speziell um. Hier heißt es, das Land werde das Geld „im Interesse der Kommunen“ ausgeben. Die hessische Landesregierung hat also offensichtlich nicht vor, die Mittel eins zu eins weiterzureichen, obwohl die Kosten für Unterbringung und Integration vor Ort anfallen. Den hessischen Kommunen fehlen rund 60 Millionen für die Finanzierung der Flüchtlingsunterbringung. Die Kostenersatzung liegt bei gerade 60 Prozent. Ulli kannst du sagen, wie das in Bayern geregelt ist?

Maly: Besser! Ich will hier nicht die bayerische Staatsregierung

„Bei uns liegt die Wahlbeteiligung im Schnitt nur noch bei rund der Hälfte.“ TSG

loben, aber es ist tatsächlich so. Bei uns geht die Erstattung für die zentrale Unterbringung an die 100 Prozent. Aber man darf nicht vergessen: Die reine Debatte um die Flüchtlingsunterbringung greift viel zu kurz. Denn wir müssen auch schauen, was nach dem ersten halben Jahr passiert, wenn die Flüchtlinge als Asylbewerber anerkannt sind. Dann brauchen die Kommunen auch mehr Kindergartenplätze, Schulklassen, sprachliche Integration. Dies alles ist noch komplett ungeregelt und wenn da Bund und Länder die Kommunen allein lassen, da geht der Ärger erst richtig los. Um nicht missverstanden zu werden, wir können Integration, das haben wir oft genug bewiesen. Trotz allem brauchen die Kommunen Unterstützung.

Schäfer-Gümbel: Tatsächlich – man muss da auch noch weiter in die Zukunft schauen. Die Aufgaben der Kommunen werden nicht weniger, sondern mehr und wir müssen um die Finanzierung kämpfen. Von Schwarz-Grün in Hessen ist da leider nicht viel zu erwarten. Aber kommen wir noch einmal zurück zum Eingangsthema: Wie überzeugen wir die Menschen wieder davon, dass sie sich als Wähler an demokratischen Entscheidungen beteiligen?

Maly: Auf Bundesebene habe ich persönlich die Hoffnung, dass die Einführung des Mindestlohns ein Element sein könnte, das hilft, ein Stück Urvertrauen in die soziale Marktwirtschaft wieder-

THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL (45) IST STELLVERTRETENDER BUNDESVORSITZENDER DER SPD UND FRAKTIONS- UND LANDESVORSITZENDER DER SPD HESSEN.

ER IST MIT GANZER SEELE SOZIALDEMOKRAT. DIE VERKNÜPFUNG VON SOZIALER GERECHTIGKEIT UND WIRTSCHAFTLICHER STÄRKE STEHT IM MITTELPUNKT SEINER POLITIK.

MIT ALLER KRAFT SETZT ER SICH FÜR DEN SOZIALEN ZUSAMMENHALT IN UNSERER GESELLSCHAFT EIN. DABEI FORDERT ER GUTE BILDUNG VON ANFANG AN UND WILL IN HESSEN ENDLICH ERREICHEN, DASS DIE BILDUNGSSCHANCEN NICHT MEHR VOM GELDBEUTEL DER ELTERN ABHÄNGEN. ER TRITT EIN FÜR MEHR STEUERGERECHTIGKEIT FÜR HESSEN, FÜR STARKE WIRTSCHAFT UND FAIRE ARBEIT UND EINE BESSERE KONTROLLE AUF DEN FINANZMÄRKTEN.

THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL IST VERHEIRATET UND HAT DREI KINDER. MIT SEINER FAMILIE LEBT ER IN LICH.

herzustellen und die Menschen Stück für Stück zurückzuholen. Ob dann der Gang zur Wahlkabine gleich das Erste sein wird, was sich als Wirkung einstellt, glaube ich nicht, aber unsere Absicht muss es sein. Und darum ist es so wichtig, dass wir in der Kommunalpolitik genau diese innere Bewegung, Bewegtheit und die Herausforderungen, die sich aus dieser Halbierung unserer Wählerschaft ergeben, in unseren Mittelpunkt stellen. Ich finde schon, dass die SPD als älteste Partei Deutschlands mit Recht sagen kann: Wer, wenn nicht wir, sollte das versuchen können.

SQUIRREL & NUTS

DIE EXPERTEN FÜR STRATEGIE, GESTALTUNG UND GEODATEN IM KOMMUNALWAHLKAMPF

UNSER KOMMUNALWAHLKAMPF-PAKET FÜR HESSEN:



Wir entwickeln mit den Kandidatinnen und Kandidaten und der Partei vor Ort den richtigen Kurs für die Kommunalwahl. Nur wer eine treffsichere Strategie hat, macht am Ende auch den Punkt.



Wir schießen die perfekten Fotos für jede Wahlkampagne und gestalten Plakate, Flyer und alle Materialien, die man für einen erfolgreichen Wahlkampf braucht, passend zur Strategie.



Wir arbeiten unter Einsatz von Geodaten, die es der Partei vor Ort ermöglichen, zielgenau auf Wählerinnen und Wähler zuzugehen und einen entscheidenden Vorteil gegenüber der Konkurrenz zu gewinnen.

**STARTE JETZT DEINE KAMPAGNE:
INFO@SQUIRRELANDNUTS.DE**



ACHTUNG



SCHWARZ-GRÜN

BILDNACHWEIS – NANCY FAESER

ENDE DER KUSCHELKOALITION

NSU, Biblis und Frankfurter Flughafen treiben Risse ins schwarz-grüne Fundament

SPD-LANDESVERBAND – Text **NANCY FAESER, MdL und Generalsekretärin der SPD Hessen**

Eine richtige Wohlfühlatmosphäre wollte die schwarz-grüne Landesregierung in den letzten Monaten in die Öffentlichkeit tragen. Harmonieinszenierung statt Politik war der schwarz-grüne Regierungsstil in Jahr eins der Koalition von Hessens CDU und Grünen. Dieses mediale Konstrukt bröckelt. Das schwarz-grüne Fundament bekommt klaffende Risse. CDU und Grüne kämpfen mit den Hinterlassenschaften von CDU-Skan-

dalminister Nummer 1, ihrem Ministerpräsidenten Bouffier. Und auch bei den Grünen gilt nun das CDU-Prinzip: vor der Wahl versprochen – nach der Wahl gebrochen. Dafür bekommt ihr Vize nun deutlichen Gegenwind.

NSU: BOUFFIER IN BEDRÄNGNIS

Noch vor acht Monaten wollte Schwarz-Grün keinen eigenen Untersuchungsausschuss zu den NSU-Morden einberufen. Der Kas-

seler Fall sei „ausemittelt“, hieß es. Die SPD hingegen sieht schon seit Bekanntwerden der Umstände erheblichen Aufklärungsbedarf und hat im Mai letzten Jahres ohne CDU und Grüne den NSU-Untersuchungsausschuss eingesetzt. Leider wurde der Ausschuss acht Monate lang von schwarz-grün politisch bekämpft und verzögert.

Seit dem 21. Februar 2015 steht der ungeheuerliche Vorwurf im

Raum, dass der Verfassungsschützer Temme, der zur Tatzeit am Tatort in Kassel war, möglicherweise schon vor der Tat von dem Mord wusste. Die Beweislast liegt nun bei der Landesregierung, diesen Vorwurf zu entkräften.

Erstaunlich ist auch die vom CDU-Ministerpräsidenten neu eingestandene Beteiligung am Disziplinarverfahren gegen Temme. Bouffier hat dafür gesorgt, dass er während seiner Suspendierung seine vollen Bezüge behält und das, obwohl er unter Mordverdacht stand.

Dies ist dem Parlament bislang verschwiegen worden. Auch hier besteht dringender Aufklärungsbedarf der Landesregierung. Die SPD fordert, dass alle Unterlagen ohne Schwärzung und mit möglichst offener Geheimhaltungseinstufung vorgelegt werden. Die

BIBLIS: TEURER BRIEF AUS WIESBADEN

Die ehemaligen Bundesminister Pofalla (CDU) und Röttgen (CDU) haben vor dem Untersuchungsausschuss Biblis in Wiesbaden ausgesagt, dass die Landesregierung die alleinige Schuld für die fehlerhafte Stilllegungsverfügung trägt. Deshalb wird es auch in diesem Untersuchungsausschuss eng für Volker Bouffier. Schließlich hatte er sich selbst unter anderem mit einem Schreiben an den damaligen RWE-Chef in das Verfahren eingemischt. Das könnte das Land Hessen bis zu 235 Millionen Euro Schadenersatz an RWE kosten. Und wo stehen die Grünen beim Thema Atom? Hinter Volker Bouffier.

Die Liste der Spaltthemen für Schwarz-Grün wird immer länger.



Aufklärung muss öffentlich erfolgen, denn die Bürger haben ein Recht, zu erfahren, was passiert ist. Hier ist es an Schwarz-Grün zu liefern, ohne Wenn und Aber. Sie können nun beweisen, dass ihr neu entdecktes Aufklärungsinteresse ein echtes ist.

TERMINAL 3: VERSPROCHEN – GEBROCHEN

Vor der hessischen Landtagswahl war die Position von Grünen-Chef Tarek Al-Wazir schwer misszuverstehen. Das Terminal 3 gelte es, zu verhindern. Nun hat der heu-

tige Verkehrsminister und Vize-Ministerpräsident per eigenem Bedarfsgutachten der Fraport bescheinigt, dass sie selbst über den Bau entscheiden kann.

Ein grünes Machtwort? Fehlangeige. Der Flughafenbetreiber gab sofort zu verstehen, er werde bauen, und das bald. Der grüne Verkehrsminister wird sicherlich bald die Einladung zum Spatenstich für das neue Terminal bekommen.

GRÜNES RÜCKGRAT? CDU-RECHTSAUSSEN IRMER BLEIBT AUSSCHUSSVORSITZENDER

Zu guter Letzt noch eine Erkenntnis aus dem Ältestenrat des Landtags. Der umstrittene CDU-Abgeordnete Hans-Jürgen Irmer bleibt Vorsitzender des Unterausschusses für Heimatvertriebene und Flüchtlinge im Landtag. Das ausgerechnet derjenige, der in seiner Zeitung regelmäßig gegen Flüchtlinge hetzt, für diese zuständig sein soll, ist skandalös.

Ein Vorstoß von uns, Rechtsaußen-Irmer von dem Posten abzurufen, scheiterte im Ältestenrat an CDU und – tatsächlich – den Grünen!

Die Stimmung wird schlechter. Die ersten Rufe nach einem Rücktritt von CDU-Ministerpräsident Volker Bouffier sind wahrnehmbar. Gleichzeitig verordnen die Berliner Hessens Grünen einen Kurs in Rückgrat. Wir haben bis jetzt die Spitze des Eisbergs gesehen. Was sich darunter befindet, lässt sich im Augenblick nur erahnen. Aber: Die schwarz-grüne Wohlfühlatmosphäre ist durch die politischen Skandale und Verfehlungen merklich gestört.

SCHWALBACH AM TAUNUS LIEGT AM SÜDÖSTLICHEN HANG DES TAUNUS UND GRENZT DIREKT AN FRANKFURTS NORDWESTEN. ES HAT RUND 15 000 EINWOHNER. WEITERE 10 000 ARBEITEN HIER. SCHWALBACH GILT ALS EIN WICHTIGER WOHN- UND GEWERBESTANDORT IM SUBURBANEN FRANKFURTER UMLAND. SCHWALBACH WURDE IM JAHR 781 ERSTMALS URKUNDLICH ERWÄHNT. (VON SEINER LANGEN GESCHICHTE ALS KLEINES DORF AN DER ALTEN HANDELSSTRASSE FRANKFURT-KÖLN ZEUGEN HEUTE NOCH DER ALTE ORTSKERN MIT HISTORISCHEM RATHAUS UND PFARRKIRCHE. FACHWERKHÄUSER – MANCHE MIT GASTHAUS - GEBEN DEM DORFKERN ATMOSPHÄRE UND FLAIR.)

WIR WERDEN FÜR UNSERE GUTE POLITIK BESTRAFT!

SPD-Bürgermeisterin: Minister nimmt uns finanzielle Spielräume

SPD-LANDESVERBAND – Text **CHRISTIANE AUGSBURGER, BÜRGERMEISTERIN VON SCHWALBACH, UND SWEN KLINGELHÖFER**

obwohl Schwalbachs Gewerbesteuerhebesätze höher liegen als in der Nachbarstadt Eschborn.

Schwalbach am Taunus hat es also geschafft. Es ist attraktiv für die Wirtschaft und kann daher auch einen soliden Haushalt vorlegen. Das können in Hessen laut einer Schätzung der Wirtschaftsberatung Ernst & Young für das Jahr 2014 nur 11 Prozent, weitere 10 Prozent erwirtschaften einen Überschuss.

NEUER KFA NIMMT KOMMUNEN SPIELRÄUME

Der neue Kommunale Finanzausgleich der schwarz-grünen Landesregierung führt Schwalbachs kommunale Politik der letzten Jahrzehnte jedoch ad absurdum. Verantwortlich dafür ist die geplante Solidaritätsumlage. Vier Millionen Euro muss das attrak-

tive Taunusstädtchen nach den neuen Berechnungen des hessischen CDU-Finanzministers zahlen. Das führt nun dazu, dass genau der Spielraum aufgelöst wird, den sich Schwalbach in der Vergangenheit für die Schaffung von Arbeitsplätzen und einer attraktiven Infrastruktur aufgebaut hatte. „Grundsätzlich sind wir natürlich bereit, eine Solidaritätsumlage für Gemeinden zu bezahlen, die finanziell schlechter gestellt sind. Aber die nun avisierte Höhe der Umlage ist doch ein Brocken. Wer in den letzten Jahren seine Stadt auf Kurs gebracht hat, wird dank dem neuen Kommunalen Finanzausgleich zusätzlich belastet werden. Mittelfristig wird so aufsteigenden Städten wie Schwalbach am Taunus der Handlungsspielraum für eine attraktive kommunale Standort-, Wirtschafts- und Sozialpolitik ge-

BILDNACHWEIS – STADT SCHWALBACH



Bürgermeisterin Christiane Augsburg (SPD) ist stolz auf ihr Schwalbach: Die Stadt hat in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten hart daran gearbeitet, ein attraktiver Ort zu sein – für die dort lebenden Menschen genauso wie für Unternehmen. „Dieses Ziel haben wir erreicht“, sagt Christiane Augsburg. Große Unternehmen wie zum Beispiel Procter & Gamble haben sich für Schwalbach als Standort entschieden und das,

LUFT & LIEBE?

Wovon Menschen leben

SPD-LANDTAGSFRAKTION

ALISA MAHLER STUDENTIN UND PRAKTIKANTIN

Alisa Mahler ist 23 Jahre alt. Sie studiert Germanistik und Anglistik an der Uni Gießen und macht regelmäßig Praktika, etwa bei Verlagen oder – diesen Sommer – in der Öffentlichkeitsarbeit des Zoos Frankfurt. Praktika während des Studiums findet die Studentin genauso wichtig, wie die Theorie, weil sie den Einstieg in das Berufsleben erleichtert. Dass viele Praktika unbezahlt seien, stelle aber gerade Studenten, die keine finanzielle Unterstützung bekommen, vor Probleme, da sie in dieser Zeit keine Nebenjobs machen könnten. Auch Alisa Mahler jobbt, etwa um sich Auslandsaufenthalte oder Praktika leisten zu können.

Einnahmen-Ausgaben-Rechnung Alisa Mahler erhält 300 Euro im Monat von ihren Eltern. Sie zahlen auch den Semesterbeitrag von 270 Euro. Außerdem hat die Studentin ein KfW-Studiendarlehen, von dem sie 250 Euro im Monat

abrufen. Für die Praktika bekommt sie kein Geld. Davon finanziert Alisa Mahler ihre Wohnung im Studentenwohnheim für 200 Euro, ihre Mitgliedschaft im Sportstu-



dio von 20 Euro und Tanzkurse der Uni. Außerdem geht sie gern aus und mit Freunden Essen. Das ÖPNV-Ticket ist Teil ihres Semesterbeitrags. In Gießen erledigt sie viel mit dem Fahrrad. Dieses Jahr erjobbt sie sich während des Semesters ihr Zoo-Praktikum in den Semesterferien.

Mögen Sie Ihren Beruf?

„Teils, teils. Es gefällt mir, dass man sich während des Studiums ausprobieren kann. Man hat noch freie Zeit – allerdings oft nicht genug Geld. Deshalb freue ich mich darauf, irgendwann einmal Geld zu verdienen. Bis dahin habe ich noch zwei Semester meines Bachelor-Studiums und vier Semester Master-Studium vor mir. Praktika mache ich gerne – sie helfen, das Berufsleben zu verstehen.“

Was ist Ihnen wichtig?

„In erster Linie meine Familie und meine Freunde. Und irgendwann wird es auch der Job sein. Aber ich denke, ein Beruf kann einen nicht so glücklich machen wie menschliche Beziehungen. Ich möchte auf jeden Fall einmal Familie haben. Aber der Beruf kann einem Dinge ermöglichen. Reisen zum Beispiel – ich möchte gern noch einiges von der Welt sehen.“

Was würdest du verändern?

„Ich würde gerne Studieninhalte mit meinem Job verknüpfen – etwa als Werkstudentin. Aber die Stellen sind heiß begehrt. Bei den Praktika würde ich mir einen kleinen Obolus für die Arbeit wünschen. Bei kleinen Unternehmen und Verlagen ist das so okay. Aber leider gibt es auch viele große, die nichts zahlen. Und es müssen ja nicht mehr als 100 Euro im Monat sein. Es geht ja auch um Anerkennung des Geleisteten.“

nommen und die Schaffung weiterer Unternehmensansiedlungen und den daraus resultierenden Arbeitsplätzen deutlich erschwert“, sagt Bürgermeisterin Augsburg. Auch mit der Kreis- und Schulumlage, die sich allein nach der Finanzkraft der Kommune richtet, würden Städte und Gemeinden mit geringeren Einnahmen bei Investitionen unterstützt.

Hessens Städte und Gemeinden haben dabei nur sehr begrenzte Möglichkeiten, ihre Einnahmen zu erhöhen, ohne dabei die Belastung der Bürgerinnen und Bürger im gleichen Atemzug anzuheben. Eine Einnahmequelle, die von der Gemeinde gesteuert werden kann, ist die Gewerbesteuer – deshalb setzt Schwalbach auf das Ansiedeln von Unternehmen.

Dabei komme es aber auf das Gesamtpaket an, dass man den Unternehmen anbiete, unterstreicht Bürgermeisterin Augsburg. Das bedeute, dass eine Stadt auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Unternehmen ein attraktives Lebens- und Wohnumfeld schaffen müsse.

BILDNACHWEIS – ALISA MAHLER

DAS GEWINNSPIEL

SPD-LANDESVERBAND

GEWINNEN SIE MIT ETWAS GLÜCK EINEN TAG IM HESSISCHEN LANDTAG MIT THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL!

DAZU BEANTWORTEN SIE EINFACH DIE NACHFOLGENDE FRAGE UND SENDEN UNS DIESEN COUPON IN EINEM AUSREICHEND FRANKIERTEN UMSCHLAG AN DEN SPD-LANDESVERBAND HESSEN, KENNWORT: GEWINNSPIEL, RHEINSTRASSE 22, 65185 WIESBADEN. ALTERNATIV KÖNNEN SIE UNS IHRE ANTWORT MIT IHREN KONTAKTDATEN ALS E-MAIL AN QUIZ@SPD-HESSEN.DE SCHICKEN.

Was steht exemplarisch für die Kommunalfeindlichkeit von Schwarz-Grün?

[A] SCHWARZ-GRÜN HAT VERANLASST, DASS DEN KOMMUNEN JÄHRLICH 345 MILLIONEN EURO WENIGER AUS DEM FINANZAUSGLEICH GEZAHLT WERDEN.

[B] SCHWARZ-GRÜN HAT EINE NEUORDNUNG DES KOMMUNALEN FINANZAUSGLEICHS ANGEKÜNDIGT, BEI DER DER MANGEL DER KOMMUNEN NUR NEU VERTEILT WIRD UND KOMMUNEN WEITERHIN NICHT AUSKÖMMLICH FINANZIERT WERDEN.

[C] SCHWARZ-GRÜN HAT KOMMUNEN UNTER EINEN SOGENANNTEN KOMMUNALEN RETTUNGSSCHIRM GEZWÄNGT, DER KOMMUNALPOLITIKERN POLITISCHE HANDLUNGSSPIELRÄUME NIMMT.

HERR FRAU

NACHNAME, VORNAME

STRASSE/NR

PLZ/ORT

MAIL

ALLE RICHTIGEN ANTWORTEN NEHMEN AN DER VERLOSUNG TEIL. DER RECHTSWEG IST AUSGESCHLOSSEN. DIE BENACHRICHTIGUNG DES GEWINNERS ERFOLGT AUF DEM POSTWEG.

JA, ICH MÖCHTE AUCH IN ZUKUNFT VON DER HESSEN-SPD INFORMIERT WERDEN, BITTE SETZEN SIE SICH MIT MIR UNTER DEN ANGEgebenEN DATEN IN VERBINDUNG.

Sagen Sie uns Ihre Meinung!

SIE HALTEN DAS MAGAZIN »ZUKUNFT HESSEN« DER HESSISCHEN SPD UND DER SPD-LANDTAGSFRAKTION IN DEN HÄNDEN. HELFEN SIE UNS, DAS MAGAZIN NOCH BESSER ZU MACHEN UND SAGEN SIE UNS IHRE MEINUNG: HAT IHNEN DAS MAGAZIN GEFALLEN? WAS HAT IHNEN NICHT GEFALLEN UND WELCHE WÜNSCHE UND ANREGUNGEN HABEN SIE FÜR EINE WEITERE AUSGABE?

MIR HAT DAS HEFT GEFALLEN. ICH HABE FOLGENDES VERMISST:

JA, ICH MÖCHTE AUCH IN ZUKUNFT VON DER HESSEN-SPD INFORMIERT WERDEN, BITTE SETZEN SIE SICH MIT MIR UNTER DEN ANGEgebenEN DATEN IN VERBINDUNG.



IN DEN KOCHTOPF GESCHAUT

DAS LIEBLINGSREZPT
UNSERES OBERBÜRGERMEISTERS

ZUTATEN

- 1 Päckchen mit sieben Küchenkräutern: Schnittlauch, Petersilie, Borretsch, Sauerampfer, Pimpernelle, Kerbel, Kresse (fein hacken)
- 200 g Naturjoghurt
- 200 g Saure Sahne (10% Fett)
- 3 hart gekochte Eier
- 100 ml Sonnenblumenöl
- Saft einer halben Zitrone oder 1–2 EL Essig
- etwas Senf
- Salz und Pfeffer



BILDNACHWEIS – PETER FELDMANN

Goethes Lieblingsgericht – Frankfurter Grüne Soße

SPD-LANDESVERBAND – Text **PETER FELDMANN, FRANKFURTER OBERBÜRGERMEISTER**

Im Frühling, wenn man sich wieder nach frischen Lebensmitteln sehnt, wird Goethes Lieblingsgericht besonders gern serviert: Die Frankfurter Grüne Soße. Traditionell beginnt die Saison am Gründonnerstag und dauert bis zum Herbst. Für uns Frankfurter ist die Grüne Soße so bedeutend, dass wir ihr im Stadtteil Oberrad, dem Herkunftsort der Kräuter, ein Denkmal gesetzt haben. Im Norden des Stadtteils stehen sieben kleine Gewächs-

häuser und auf dem Boden befindet sich jeweils ein Schriftzug mit dem Namen eines der benötigten Kräuter.

Die Zubereitung ist ganz einfach: Die Kräuter fein zerkleinern. Mit dem Joghurt und der Sauren Sahne vermengen. Eigelb von den hart gekochten Eiern trennen. Das Eiweiß fein hacken und unter die Kräutermasse heben. Das Eigelb mit dem Sonnenblumenöl in einer Rührschüssel zu einer

Mayonnaise verarbeiten und mit Pfeffer und Salz würzen. Die Mayonnaise und die Kräuter vermischen und mit Zitronensaft und Senf abschmecken.

Zur Grünen Soße reicht man traditionell Salzkartoffeln, wer es nicht fleischlos mag, kann diese auch mit einer Scheibe Tafelspitz genießen.

Guten Appetit!

SPD IST GARANT FÜR SOZIALEN ZUSAMMENHALT VOR ORT

SPD Hessen legt Leitlinien für Kommunalwahl 2016 vor

SPD-LANDESVERBAND – Text **NANCY FAESER, MDL UND GENERALSEKRETÄRIN**

Die SPD stellt in Hessen die meisten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die meisten Landräte und Landrätinnen und in sieben der acht größten hessischen Städte den Oberbürgermeister oder die Oberbürgermeisterin. Die SPD ist damit die Kommunalpartei in Hessen. Wir können daher auf unsere Leistung vor Ort sehr stolz sein.

AM 6. MÄRZ NÄCHSTEN JAHRES STEHEN DIE KOMMUNALWAHLEN AN.

Kreistage, Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertreterversammlungen werden neu zusammengesetzt. Eine starke SPD ist dabei ein wichtiger Baustein für den sozialen Zusammenhalt vor Ort.

In den Städten und Gemeinden entscheidet sich, ob der soziale Zusammenhalt in der Gesellschaft funktioniert. Das gilt für die Jugendarbeit in den Vereinen, für die Pädagogik in den Bildungseinrichtungen genauso wie für die Integration von allen Bevölkerungsgruppen.

Um das umzusetzen, bedarf es aber einer ordentlichen finanzi-

KOMMENTAR VON BURKHARD ALBERS, SGK-VORSITZENDER HESSEN UNSER LEITBILD: DIE VORSORGENDE KOMMUNE

UNSERE KOMMUNEN SIND WOHNORT, ARBEITSPLATZ, LEBENSMITTELPUNKT UND HEIMAT ZUGLEICH. SIE SIND GEMEINSCHAFT. DIE SPD VOR ORT TRITT EIN UND STREITET FÜR EINE STARKE UND ZUKUNFTSFÄHIGE – FÜR EINE VORSORGENDE – KOMMUNE. UNS IST ES WICHTIG, DASS UNSERE GEMEINDEN, STÄDTE UND LANDKREISE FÜR ALLE EINWOHNERINNEN UND EINWOHNER LIEBENS- UND LEBENSWEIT BLEIBEN. DAHER GILT ES, BEI ALLER NOTWENDIGKEIT DER HAUSHALTSKONSOLIDIERUNG, DENNOCH DIE BESTEHENDE KOMMUNALE INFRASTRUKTUR IM INTERESSE UNSERER KINDER UND ENKEL ZU ERHALTEN UND ZUGLEICH DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER HEUTE TROTZ DER KOMMUNALFEINDLICHEN VORGABEN DER HESSISCHEN LANDESREGIERUNG NICHT ÜBER GEBÜHR ZU BELASTEN. IN DEN KOMMUNALPOLITISCHEN LEITLINIEN WERDEN SOZIALDEMOKRATISCHE SCHWERPUNKTE FÜR DIE JAHRE 2016 BIS 2021 UND AUCH DARÜBER HINAUS FESTGELEGT.

WIR WOLLEN LANDKREISE, STÄDTE UND GEMEINDEN, IN DENEN

- ALLE BÜRGERINNEN UND BÜRGER IHRE PERSÖNLICHKEIT IN FREIER SELBSTBESTIMMUNG ENTFALTEN KÖNNEN,
- ALLE MENSCHEN, GLEICH IHRER HERKUNFT, IHRES ALTERS, IHRES GESCHLECHTS ODER IHRES EINKOMMENS, AM SOZIALEN UND KULTURELLEN LEBEN TEILHABEN,
- DIE EINZELNEN MENSCHEN UND DIE SOZIALEN SOWIE KULTURELLEN GRUPPEN GLEICHBERECHTIGT UND FRIEDLICH UND SOLIDARISCH ZUSAMMENLEBEN,
- ALLEN BÜRGERINNEN UND BÜRGERN ATTRAKTIVE WOHN-, ARBEITS- UND FREIZEITMÖGLICHKEITEN, EIN VIELFÄLTIGES KULTURELLES LEBEN UND EIN LEBENSWEITEN UMFELD GEBOTEN WERDEN,
- DER ZUGANG ZUR ÖFFENTLICHEN DASEINSVORSORGE FÜR JEDE UND JEDEN OFFENSTEHT,
- DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER AUCH ZWISCHEN DEN WAHLTERMINEN DIREKTE DEMOKRATIE AKTIV MITGESTALTEN.

Gemeinsam stark – Kommunen brauchen Mittel, um die Gemeinschaft zu erhalten.

ellen Ausstattung der Kommunen. Die SPD-Landtagsfraktion setzt sich deshalb immer wieder und intensiv für eine gute und auskömmliche Finanzierung der Gemeinde, Städte und Kreise ein und steht damit der schwarz-grünen Landesregierung gegenüber. Diese hat es in den letzten Jahren geschafft, die Kommunen immer weiter ausbluten zu lassen und sie mit verschiedensten Maßnahmen zu zwingen, Gebühren und Steuern zu erhöhen und damit die Bürgerinnen und Bürger zusätzlich zu belasten. Damit verlagert die Landesregierung die Verantwortung auf die Politik vor Ort. Diese können zum Teil gesellschaftlich notwendige Leistungen nicht mehr aufrechterhalten.

Das Land wälzt damit seine eigene Miswirtschaft auf die Kommunen und damit auf die Bürgerinnen und Bürger ab. Damit verstößt es eklatant gegen den Verfassungsgrundsatz, die Städte, Gemeinden und Kreise aufgabengerecht zu finanzieren.

Diese Entwicklung muss aufgehalten werden. Dafür ist aber eine starke SPD vor Ort ein unverzichtbarer Bestandteil. Deshalb müssen wir für ein gutes Ergebnis der SPD bei der Kommunalwahl kämpfen.

DER LANDESVERBAND MÖCHTE DABEI DIE ORTSEBENEN UNTER- STÜTZEN.

Wir haben deshalb frühzeitig kommunalpolitische Leitlinien entwickelt, die als Ideengeber funktionieren sollen. Darüber hinaus stellen wir einen Best-Practice-Ratgeber und andere Hilfsmittel zur Verfügung.



DIE „KOMMUNALPOLITISCHEN LEITLINIEN DER SPD HESSEN“ KÖNNEN BEIM SPD-LANDESVERBAND PER E-MAIL ANGEFRAGT WERDEN:

LANDESVERBAND.HESSEN@SPD.DE



NICHT NUR EIGENTUM VERPFLICHTET, DIESES BUCH ZU LESEN

Thorsten Schäfer-Gümbel über
und aus seinem Buch zu Artikel
14 (2) des Grundgesetzes

SPD-LANDTAGSFRAKTION – Text **THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL**

„Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“ – Dies ist ein gewichtiger Satz, den die Gesetzgeber vor fast 66 Jahren in Artikel 14 (2) des Deutschen Grundgesetzes formuliert haben. Wer diesen Verfassungsgrundsatz wie ich mit sozialdemokratischer Überzeugung im Herzen liest, kommt zu einem glasklaren Schluss: Hier ergeht ein politischer Auftrag an diejenigen in unserem Land, die vermögend sind und über größeres Eigentum verfügen. Ich habe mir mit diesem Buch die Aufgabe gestellt, diesen Grundgesetzartikel aus 14 unterschiedlichen Perspektiven neu interpretieren zu lassen. Hier ein Auszug aus meinem Beitrag:

„Es gibt rhetorische Fragen, die bringen mich ganz schnell auf die Palme. Eine dieser Fragen lautet: Wieso sollen Eigentum und gesellschaftliche Verantwortung irgendetwas miteinander zu tun haben? Hinter dieser Frage lauert

ja schon die Antwort: Jeder ist seines Glückes Schmied, und wenn jeder an sich selbst denkt, ist irgendwie auch an alle gedacht.

Dieses in Frageform gekleidete Weltbild stand und steht für einen weit verbreiteten Zeitgeist, der politisch seine Ausgestaltung im Marktradikalismus oder Neoliberalismus gefunden hat. Eigentum und gesellschaftliche Verantwortung standen sich in den vergangenen beiden Jahrzehnten mehr oder weniger unversöhnlich gegenüber. Die öffentlich bestimmenden ökonomischen und politischen Protagonisten forcierten die Auflösung der Eigentumsverpflichtung, wie wir sie aus der christlichen Soziallehre oder dem Verfassungsgebot des Artikel 14 Absatz 2 kennen. Die Gemeinwohlorientierung trat hinter das individuelle Streben nach Gewinn und Reichtum zurück.

Denn während die Deutschen rund fünf Billionen Euro auf der hohen Kante haben, fehlen den

öffentlichen Haushalten zwei Billionen Euro – so hoch sind deren Schulden. Politik absurd: Denn ganz offensichtlich gibt es in Deutschland Finanzkraft, um immense öffentliche Verschuldung zu verhindern. Doch die Gemeinwohlverpflichtung des Eigentums wie in Artikel 14 (2) aufgeschrieben, einzufordern, ist unpopulärer denn je. Trotz Krisenzeiten kocht jeder sein eigenes Süppchen – für die Kosten ist der Staat zuständig.

In den Kommunen werden die Auswirkungen schmerzlich spürbar. Finanzielle Spielräume für Angebote, die Städte und Gemeinden lebenswert machen und den sozialen Zusammenhalt stärken, werden kleiner und kleiner. 100 Millionen Investitionsrückstau haben die Kommunen angehäuft. Das Geld fehlt in Schulen und im Bildungsbereich, in Schwimmbädern, Büchereien, Theatern, Jugendclubs oder den Seniorentreffs. Während auf der einen Seite das Vermögen wächst, stirbt auf der anderen die lokale Gemeinschaft. Ein verantwortungsbewusster Umgang mit Eigentum sieht anders aus.

Doch was ist die Lösung? Wir brauchen eine Renaissance von Artikel 14 (2). Es ist ein anzustrebendes Ziel, dass Eigentum für alle Beteiligten auch wieder Verantwortung für die Gemeinschaft bedeutet, dass auch wohlhabende Menschen sich nicht vor dieser Verantwortung drücken und persönlich Haltung beziehen, und dass auch die Politik wieder mehr

IN DEM BUCH
„14 X ARTIKEL 14 (2) –
EIGENTUM VERPFLICHTET.
SEIN GEBRAUCH SOLL ZUGLEICH
DEM WOHL DER ALLGEMEINHEIT
DIENEN“ HAT HERAUSGEBER
THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL
BEITRÄGE VON 13 PROMINENTEN
AUTORINNEN UND AUTOREN
GESAMMELT, DIE MIT
UNTERSCHIEDLICHEN ANSCHAUUNGSWEISEN
UND SCHWERPUNKTEN DIESEN
ARTIKEL INTERPRETIEREN,
KOMMENTIEREN UND
EINORDNEN.

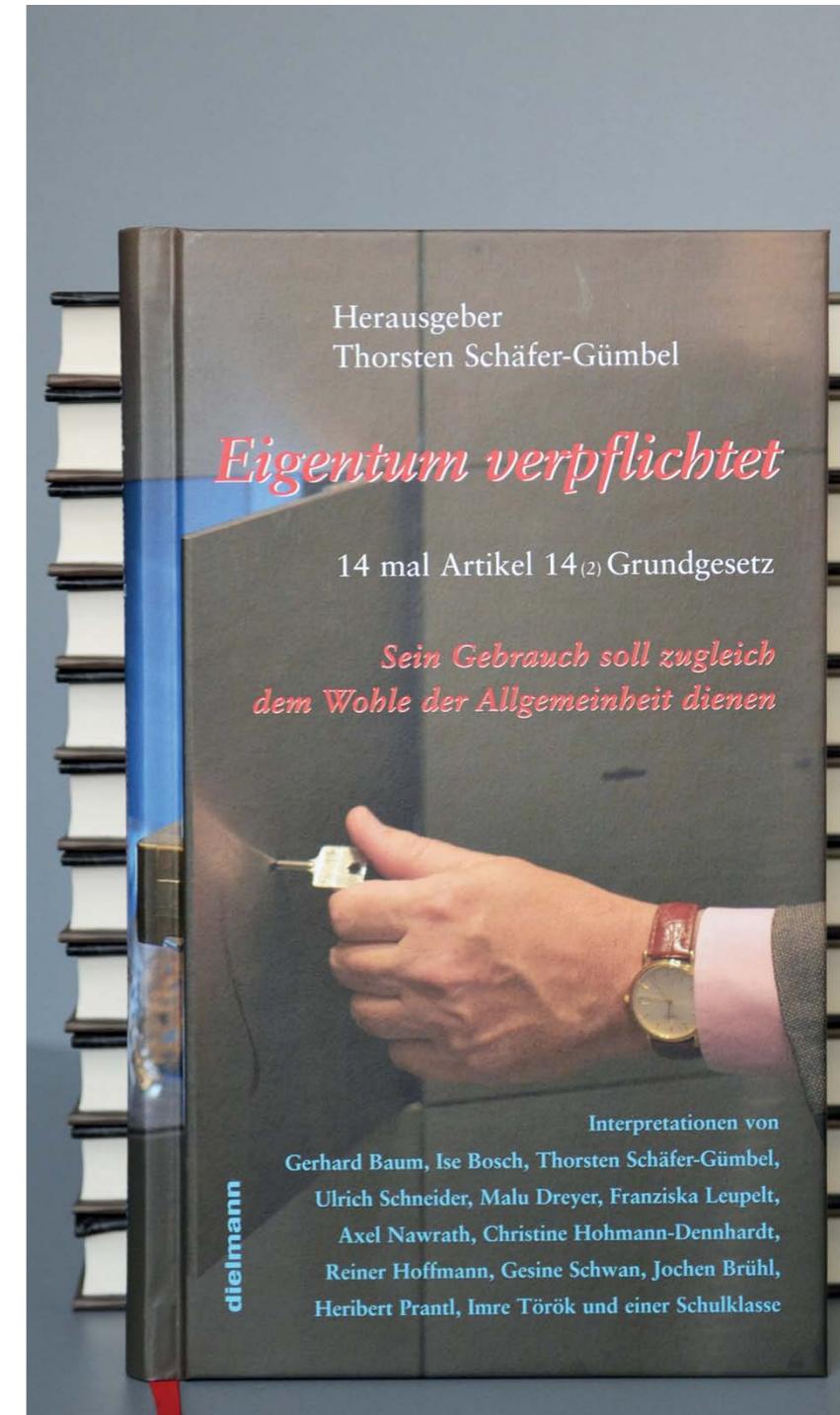
NEBEN SEINEM EIGENEN
BEITRAG FINDEN SICH
UNTER ANDEREM INTERPRETATIONEN
VON HERIBERT PRANTL, DR. CHRISTINE
HOHMANN-DENNHARDT, GESINE
SCHWAN, REINER HOFFMANN,
GERHART BAUM, ULRICH SCHNEIDER,
IMRE TÖRÖK, ISE BOSCH, MALU
DREYER, JOCHEN BRÜHL UND EINER
BERUFS-SCHULKLASSE AUS HANAU.

DAS BUCH IST IM AXEL-DIELMANN
VERLAG KG, FRANKFURT AM MAIN,
ERSCHIENEN, KOSTET 11 EURO UND
HAT DIE ISBN-NR. 978 3 86638 214 5.

BILDNACHWEIS – AXEL-DIELMANN-VERLAG KG

Mut fasst, den Gesetzesrahmen an dieser Stelle auszuschöpfen und ihren demokratisch legitimierten Auftrag zur Gestaltung ernst nimmt.

Das bedeutet auch, die Verteilungsfrage neu zu stellen. Reichtums- und Armutsentwicklungen müssen ehrlich und schonungslos analysiert werden. Umverteilung ist kein Thema von gestern, sondern aktueller denn je. Mit welchen Instrumenten dies effektiv erreicht werden kann, gilt es, offen zu diskutieren.“





NACHGEFRAGT



»Sagen Sie mal,
Herr Schäfer-Gümbel...«
Drei Fragen von Ewart Reder

SPD-LANDESVERBAND

1 Ewart Reder: Als Lehrer bekomme ich die Einschnitte bei den Familien meiner Schülerinnen und Schüler krass mit, welche durch die Finanzknappheit der Kommunen entstehen. Wo sehen Sie Hebel, die die SPD gegen diese Sparmaßnahmen auf Kosten der Kommunen ansetzen will?

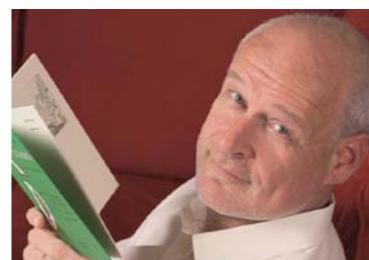
Thorsten Schäfer-Gümbel: Wir haben uns immer wieder für eine ausreichende Finanzierung der Kommunen stark gemacht. Dort entscheidet sich nämlich, ob es Jugend- und Kultureinrichtungen, gute Kitas, funktionierende Vereinsförderungen oder Feuerwehren gibt. Deshalb muss die Kürzung der Kommunalfinanzen durch die CDU-geführte Landesregierung zurückgenommen werden. Im Bund haben wir viel auf den Weg bringen können.

2 Ewart Reder: Wir haben zuletzt SPD-Kulturpolitik durch Ikonen wie Hilmar Hoffmann als Frankfurter Kulturdezernent (SPD) erlebt – das ist 30 Jahre her. Wie kommen die Sozis von der alten Ansicht weg, Kultur sei ausschließlich „für die da oben“? Wo geht es in Sachen Kultur voran?

Thorsten Schäfer-Gümbel: Wir haben nicht die Auffassung, Kultur sei nur „für die da oben“. Kultur ist für alle. Deshalb darf „Soziales“ und „Kultur“ auch nicht gegeneinander ausgespielt werden. Darauf achte ich sehr. Kulturpolitik ist auch mehr als die Förderung einzelner Projekte, es geht letztlich um Emanzipation. Dazu brauchen wir alle Bereiche der Kultur, von der Hochkultur bis zur Soziokultur.

3 Ewart Reder: Wie möchten Sie Bildung „sexy“ machen – so sehr begehrenswert, dass auch sogenannte Bildungsferne diese grundgesetzliche Forderung von sich aus einfordern?

Thorsten Schäfer-Gümbel: (lacht) Sexy im Zusammenhang mit Bildung habe ich auch noch nicht gehört. Aber im Ernst, dass die soziale Herkunft darüber in Hessen mehr als in anderen Ländern über den Bildungsweg eines Kindes entscheidet, regt mich schon immer auf. Chancengleichheit für alle ist die Lösung. Diesen Kampf haben wir aber noch lange nicht gewonnen.



Ewart Reder ist Schriftsteller und Lehrer in Hanau. Er lebt in Maintal.

WOLLTEN SIE VON THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL AUCH SCHON IMMER ETWAS WISSEN? BITTE SENDEN SIE IHRE DREI KURZEN FRAGEN AN:

**SPD-LANDESVERBAND
HESSEN, REDAKTION
„ZUKUNFT HESSEN“,
RHEINSTRASSE 22,
65185 WIESBADEN**

VIELLEICHT WERDEN IHRE FRAGEN AN THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL IN DER NÄCHSTEN AUSGABE UNSERES MAGAZINS SCHON GESTELLT!



MACH'S MIT GENOSSEN



Wir sind eine **Tochter des Berliner vorwärts Verlags** und haben uns als Kampagnenagentur einen Namen gemacht.

Im hessischen **Landtagswahlkampf** haben wir mit dem Magazin „Zukunft Hessen“ gezeigt, dass Thorsten Schäfer-Gümbel die richtige Wahl ist. Die Landtagswahlkämpfe für Sachsen und Thüringen wurden von NWMD konzipiert und realisiert. Seit längerem vertraut die **SPD-Bundestagsfraktion** uns ihre Arbeitnehmerszeitung „Gute Arbeit“ an. Außerdem erstellen wir für sie Informationsbroschüren wie die Selbstdarstellung „Das sind wir“.

Ob **Kampagnen, Printmedien, Onlineprojekte** oder **mobile Kommunikation** – unser Prinzip heißt Maßanzug: Wir entwerfen gemeinsam mit unseren Kunden einen perfekt sitzenden Medienmix. Weil nur passgenaue Kommunikation ankommt.

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit!

IMPRESSUM

HERAUSGEBER:

SPD-Landesverband Hessen, Rheinstraße 22,
65185 Wiesbaden, Tel.: 0611 999 77-0,
Fax: 0611 999 77-11 und **SPD-Fraktion im Hessi-
chen Landtag**, Schlossplatz 1–3, 65183 Wiesbaden,
Tel.: 0611 350-519, Fax: 0611 350-511

V.I.S.D.P. Generalsekretärin Nancy Faeser, MdL

ANZEIGEN: Michael Blum, Tel.: 0611 999 77-13

LAYOUT: STUBE text&design, www.stube-td.de

HESSEN
SPD

DRUCK: Kreisdruck Wiesbaden GmbH,
Schultheißstraße 15, 65191 Wiesbaden

REDAKTION:

Katja Apelt (verantwortlich), Dr. Wilfried
Lamparter, Swen Klingelhöfer, Robert Martin,
Gert-Uwe Mende und die NWMD GmbH
Gesellschaft für Kommunikation
www.nwmd.de

BILDER: Titel: Michael Zargarinejad
Alle Fotos ohne eigene Quellenangabe:
Archiv der SPD Hessen oder der
SPD-Landtagsfraktion

Was auch immer die
Zukunft bringt –
mit der Post
kommt es an.



Ob auf der Datenautobahn oder über die Landstraße.
Wir sorgen auch in Zukunft dafür, dass Ihre Post rechtzeitig ankommt.

Entdecken Sie die Deutsche Post neu: www.facebook.com/deutschepost

Deutsche Post 

Die Post für Deutschland.